

# Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

## Die Parole der SAP: Einheitsfront des Proletariats!

### Die Elendslawine Die fünfte Million überschritten

Berlin, 8. Dezember.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, betrug die Gesamtzahl der Arbeitslosen am 1. Dezember 5 057 000. Hiervon wurden von der Arbeitslosenversicherung 1 366 000, von der Krisenunterstützung 1 406 000 erfaßt. Das bedeutet, daß 2 285 000 Arbeiter, die von der Versicherung noch erfaßt sind, 2 285 000 gegenüberstehen, die nicht einmal mehr der schon so gewaltig gesunkenen Unterstützungssätze teilhaftig werden, sondern auf die Bettelpfennige der Wohlfahrtsunterstützung angewiesen sind. Das Grauen des proletarischen Lebens spricht furchtbar aus diesen Ziffern.

Seit dem sommerlichen Tiefstand ist eine Zunahme der Arbeitslosenzahl um etwa 1,1 Millionen zu verzeichnen. Der Stand der Arbeitslosigkeit ist damit um mehr als 1,3 Millionen höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

### „Hygiene“ im Kapitalismus Auch Proletarier durch Schmelzdämpfe behäubt

Hamburg, 9. Dezember.

In einem Sägereibetrieb in der Hovestraße erlitten am Mittwochmorgen sieben Männer und eine Frau plötzlich Schwächezustände. Die Erkrankungen waren auf Vergiftung durch Schmelzdämpfe aus der benachbarten Norddeutschen Raffinerie zurückzuführen. Die Betroffenen fanden Aufnahme in einem Krankenhaus. Lebensgefahr soll bei keinem bestehen, doch sind drei Personen schwerer erkrankt. Polizei und Feuerwehr hatten zum ersten Male Gelegenheit, ihre Verwendungsfähigkeit bei einem ernststen Gasalarm zu erweisen.

### Koalitionswillig!

Darmstadt, 8. Dezember.

Im hessischen Landtag standen kommunistische und nationalsozialistische Anträge zur Debatte, die den Erwerbslosen Winterbeihilfen bringen sollten. Das Zentrum forderte Ueberweisung der Anträge an die Ausschüsse. Das bedeutet eine Verschleppung, die die Erwerbslosen wahrscheinlich vollständig um ihre Hoffnungen betrügen wird. Die Nationalsozialisten stimmten — zum erstenmal in der Geschichte ihrer Partei, die schon oft ähnliche Situationen sah — für den Zentrumsantrag. Damit beweisen sie, daß ihre Forderungen für die Erwerbslosen gar nicht ernst gemeint sind. Sie sind eben für die Bourgeoisie koalitionsfähig geworden!

Um die Neuwahl in Oldenburg. In einer nationalsozialistischen Versammlung gab der Abgeordnete Röver den Beschluß der Gauleitung und der oldenburgischen Landtagsfraktion bekannt, nach dem sich die Nationalsozialisten Oldenburgs für das kommunistische Volksbegehren auf Auflösung des oldenburgischen Landtags einsetzen

### Aufruf der Parteileitung

Die Sozialistische Arbeiterpartei hat von allem Anfang an den Gedanken der Schaffung der proletarischen Einheitsfront in den Vordergrund ihrer Arbeit gestellt. Sie ist der Auffassung, daß dem wachsenden Angriff der kapitalistischen Klasse und dem ständig zunehmenden faschistischen Terror

#### der einheitliche Widerstand der Arbeiterklasse

entgegenzutreten muß. Unter dem Druck der drohenden Gefahren ist der Wille der Arbeiter, sich über Parteischranken hinweg die Hände zu reichen, in erfreulichem Maße erstarkt. Jetzt aber kommt es darauf an, aus dem Stadium des bloßen Wollens und Wünschens

#### zur praktischen Tat zu gelangen.

Die proletarische Einheitsfront muß organisch wachsen aus den Notwendigkeiten und Möglichkeiten des proletarischen Kampfes. Erste Voraussetzung überparteilichen proletarischen Zusammenwirkens ist sachliche, genossenschaftliche Diskussion aller ehrlichen Proletarier über die Lebensfragen des proletarischen Klassenkampfes. Die Sozialistische Arbeiterpartei hat seit ihrem Bestehen mit Erfolg dafür gearbeitet, diese überparteiliche Aussprache endlich wieder zu ermöglichen. Sie wird auch in Zukunft in diesem Sinne wirken.

Aber so wichtig diese innerproletarische Diskussion ist — die heutige Situation erfordert mehr. Die deutsche Arbeiterklasse muß ihren Widerstandswillen steigern, muß wieder Vertrauen zur eigenen Kraft gewinnen durch

#### gemeinsame Aktionen gegen den gemeinsamen Feind.

Überall dort, wo die Lebensinteressen des Proletariats ohne Unterschied der Partei unmittelbar bedroht sind, ist die geschlossene Abwehraktion notwendig und möglich. Im Kampf gegen Lohn- und Gehaltsabbau, gegen den Raub der kümmerlichen Unterstützungen, gegen die Faschisierung des Staatsapparates, gegen die Notverordnungspolitik und gegen den nationalsozialistischen Terror muß die Einheitsfront des Proletariats bestehen. Der Weg zur proletarischen Einheitsfront wird aber nicht gebahnt durch die Zerschlagung der Gewerkschaften, Sport- und Kulturorganisationen. Daher lehnt die Sozialistische Arbeiterpartei das Zusammengehen mit der RGO und anderen Gebilden, die die Spaltung proletarischer Massenorganisationen zum Ziel haben, entschieden ab.

Es muß alles getan werden, um Rückschläge in dieser Entwicklung und Enttäuschungen der Arbeiterklasse zu vermeiden. Darum muß in der jetzigen Situation der Sozialistische Schutzbund in enger Verbindung mit der Sozialistischen Arbeiterpartei aufgebaut werden. Darum sollte auch im allgemeinen, von besonderen örtlichen Verhältnissen abgesehen, die Bildung überparteilicher Organisationen und Kartelle nicht am Anfang dieser Arbeit stehen. Erst müssen in sachlicher Aussprache und in der Erfahrung gemeinsamer Aktionen die inneren Schwierigkeiten überwunden sein, ehe man dem hohen Ziel einheitlicher Organisation der Arbeiterklasse erfolgreich näher kommen kann. Gerade im Interesse der proletarischen Einheitsfront muß jeder Schritt sorgfältig erwogen, müssen nicht genügend vorbereitete Maßnahmen vermieden werden.

Entschlossen, aber auch besonnen und verantwortungsbewußt gehen wir den Weg zur proletarischen Einheitsfront. Die Sozialistische Arbeiterpartei, für die

#### das Klasseninteresse über dem Parteiinteresse

steht, wird in verstärktem Maße ihre Kraft einsetzen, um alle klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen zu gemeinsamem Kampf zusammenzuführen.

Der Vorstand der SAP

### „Der letzte Rettungsanker“

#### Der Finanzminister über die Notverordnung — Ein verzweifertes Spiel

Berlin, 9. Dezember.

Am Dienstagabend, kurz bevor die Notverordnung im ersten Auszuge bekanntgegeben wurde, versammelte die Reichsregierung die in Berlin beheimatete und die hier vertretene deutsche Presse um sich. Im Kongressaal der Reichskanzlei erörterte der Vizekanzler und Reichsfinanzminister Dietrich die einzelnen Abschnitte und Kapitel des Notverordnungswerkes, von dem er aussprach, daß es ein unteilbares Ganzes sei, von dem kein Teil fortgenommen werden dürfe bei

Gefahr für das Ganze. Dietrich bezeichnete die Notverordnung als den Schlüsselstein der Reichsregierung unter die Deflationsperiode. Von der Zinskonversion bemerkte er mit leisem Zweifel, er habe leider keine volle Sicherheit darüber, wie sie sich auswirken werde, da die Regierung die Verhältnisse auf dem Geldmarkt leider nicht in der Hand hätte.

Wie wahr!

Festgehalten zu werden verdient aber vor allem Dietrichs Beurteilung der Umsatzsteuererhöhung. Er beklagte, daß die Reichs-

### Wir werden Hitler überwinden!

Von Max Seydewitz

Als Frucht der falschen Politik der Sozialdemokratie folgt ein Wahlerfolg der Nazis dem anderen und das Ergebnis dieser Wahlerfolge ist die immer stärker in Erscheinung tretende Auffassung, als ob gegen das Vordringen des Faschismus kein Kraut mehr wachsen kann. Hitler spielt schon Nebenregierung, und die der Brüning-Regierung treu ergebene Presse, die bisher die bedingungslose Unterstützung der sehr unfechtbaren Politik Brünings als die einzige Möglichkeit zur Zurückdrängung der nationalsozialistischen Welle bezeichnet hat, die hat sich mit dem Kommen der nationalsozialistischen Regierung schon so abgefunden, daß sie im Geiste jetzt schon Verbeugungen und Rücklinge vor der Staatskunst und den Staatsmännern Hitlers macht.

Auch große Teile des Proletariats stehen der Entwicklung der letzten Jahre und dem Anwachsen der faschistischen Bewegung fassungslos gegenüber, weil sie keine Möglichkeit des aktiven und erfolgreichen Kampfes gegen den Faschismus mehr sehen. Die Sozialdemokratie hat zwar oft und laut von verstärkter Aktivität gegen den Faschismus geredet, ihre Führer haben in Versammlungen bei diversen Gelegenheiten kraftvoll davon gesprochen, daß „jetzt das Maß voll ist und

regierung die Schraube der Umsatzsteuer habe anziehen müssen. Dieser Umstand bedeute natürlich

eine starke Bremse für die Senkung der Lebenshaltungskosten, aber sie sei — der letzte Rettungsanker! Dietrich fuhr fort:

„Wir müssen diese Reserven einsetzen, weniger um des Reiches willen, als um den Ländern und Kommunen zu helfen, denen es zum Teil viel schlechter geht als dem Reich. Für sie brauchen wir einen Teil der erhöhten Umsatzsteuer.“

Das Bekenntnis Dietrichs: die Erhöhung der Umsatzsteuer bedeute „natürlich“ eine starke Bremse für die Senkung der Lebenshaltungskosten — trifft den Sachbestand nicht ganz. Die Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2 Prozent bedeutet, daß sich die Lebenshaltungskosten überhaupt nicht in irgendeinem wesentlichen Punkt senken können. Die erhöhte Umsatzsteuer wird erfahrungsgemäß von allen Gliedern des Handels und des Zwischenhandels auf den Preis aufgeschlagen. Es wird diesmal, auch unter der Zuchtrute des Preiskommissars, nicht anders sein als sonst.

Bezeichnend ist, daß der Vizekanzler und Finanzminister hier an zwei entscheidenden Punkten — Zinssenkung und Preissenkung — zugesteht, daß die Regierung selbst an dem wirtschaftlichen Erfolg ihrer Notverordnungsmaßnahmen zweifelt. Unzweifelhaft ist nur das eine: daß die Lohn- und Gehaltsenkungen neue Einschnürung des inneren Marktes bringen werden. Das Ergebnis der wirtschaftlichen Maßnahmen in ihrer Gesamtheit wird also sein:

verschärftes Tempo des wirtschaftlichen Abstieges.

(Vgl. die ausführliche Stellungnahme zu den Wirkungen der Notverordnung auf der 2. Seite des Hauptblattes.)



endlich Schluß gemacht werden müsse". Aber geschehen ist nichts und immer mehr Proletarier haben erkannt, daß diese Wortgeräusche keine erfolgreiche Waffe gegen den Faschismus sind, und, da sie durch all das Gestrüpp dieser Zeit nicht erkennen konnten, daß die Arbeiterklasse doch noch andere Kampfmöglichkeiten hat, als diese Wortgeräusche der Führer, stehen sie bedrückt und resigniert und sehen keinen Ausweg.

Dieser Ausweg wird sichtbar, wenn wir die Ursachen der gegenwärtigen verfahrenen Situation und der Ohnmacht der Arbeiterklasse klarstellen. Angesichts des allgemein spürbaren und allen Menschen immer deutlicher erkennbaren ökonomischen Versagens des herrschenden kapitalistischen Systems könnten wir heute eine revolutionäre, das heißt eine für den Machtkampf des Proletariats günstige Situation haben. Diese revolutionäre Situation ist bei uns in Deutschland umgekehrt worden in eine konterrevolutionäre, das heißt ungünstige Kampfsituation, und dies vor allem, weil die Arbeiterklasse in dieser für ihren Klassenkampf bedeutsamen Epoche aktionsunfähig ist. Tausende Beispiele ließen sich für diese Aktionsunfähigkeit anführen, die verursacht ist durch die Spaltung der Arbeiterbewegung und durch den tiefen Haß, mit dem sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter sich heute in den Betrieben und sonstwo gegenüberstehen. Die Tatsache, daß die Sozialdemokratie in dieser historischen Situation auf der falschen Seite der Barrikade steht, daß sie „zehnmal lieber mit Groener als mit den Kommunisten“ geht, hat die Kluft aufgerissen und die kommunistische Führung hat ihr Scherflein dazu beigetragen, daß die Arbeiter als ihren größten Feind den Klassengenossen betrachten, der das andere Parteibuch in der Tasche trägt. Der Haß, der in diesem gegenseitigen Kampfe aufgewachsen ist, hat bisher unmöglich gemacht, daß die Arbeiter in den Betrieben ohne Parteiunterschied ehrlich und kameradschaftlich ihre einheitlichen Aktionen gegen den gemeinsamen Feind auch nur besprechen konnten; dieser Zustand hat die Arbeiterklasse in der Gegenwart und für die kommenden Gefahren aktionsunfähig gemacht.

Es hat wenig Sinn, den Arbeitern in dieser konterrevolutionären Situation zu predigen, ihr müßt morgen auf die Barrikade. Das ist der Ausweg nicht. Der Ausweg ist jetzt, die Arbeiterklasse aktionsfähig zu machen und dadurch die durchaus mögliche revolutionäre, für den Machtkampf der Arbeiterklasse gegen Kapitalismus und Faschismus günstige Situation herbeizuführen.

Das ist die Parole, die die Sozialistische Arbeiterpartei in die Massen wirft: Herbeiführung der Aktionsfähigkeit des klassenbewußten Proletariats ohne Unterschied der Partei. Wir gehen ohne Illusionen an die Erfüllung dieser jetzt dringenden Aufgabe; die Parteigegensätze sind da, aber auch die Möglichkeit, bei den einzelnen Aktionen die Parteiinteressen hinter die allgemeinen Klasseninteressen zurücktreten zu lassen. Wir wissen, daß die so dringende nötige Einheitsfront aller klassenbewußten Proletarier nicht durch schöne Reden oder unehrliche Einheitskomitees geschaffen wird, sondern nur durch eine ehrliche, opfervolle Arbeit von unten, bei der von einem Tag zum anderen das gegenseitige Mißtrauen, der gegenseitige Haß, das Bemühen, einander zu übervorteilen und auf Kosten der anderen Parteigeschäfte zu machen, herabgemindert und allmählich überwunden wird. Die Sozialistische Arbeiterpartei, die als junge Partei keinen Partei-Egoismus zu haben braucht, die als erste Kampflosigkeit auf ihr Banner die ehrliche Einheitsfront des Proletariats geschrieben hat, die muß zum Vorläufer der Schaffung einer aktionsfähigen Arbeiterschaft werden.

Diese Parole müssen wir, beseelt von unserem ehrlichen Willen, in Herzen und Hirne der Proletarier hämmern, wir müssen in allen Gegenden Deutschlands den Anstoß geben zu gemeinsamen Aktionen aller Proletarier gegen den gemeinsamen Feind und wir müssen überall beispielgebend dafür wirken, daß bei solchen gemeinsamen Aktionen das Einende in den Vordergrund gerückt und die getroffenen Vereinbarungen ehrlich eingehalten werden. Das wird das Selbstbewußtsein und das Kraftbewußtsein aller Proletarier stärken und wird uns hinwegbringen über die heute so viel verbreitete Mut- und Hoffnungslosigkeit.

Hitler mag sich heute noch im Strahlenglanze seiner Wahlerfolge sonnen; wir werden Hitler überwinden, wenn wir die Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse wiederherstellen. Das ist das nächste Etappenziel, für das wir alle Proletarier gewinnen müssen, und wir von der Sozialistischen Arbeiterpartei dürfen nicht eher weichen, bis wir dieses Ziel erreicht haben.

Mancher Kleingläubige sagt, es sei schon zu spät: Für die notwendig zu erfüllende Aufgabe und für den Kampf der Arbeiterklasse gibt es kein Zuspät.

**Boycott gegen englische Waren.** Der Präsident des Bengalischen Kongresses, Parharad Ayal, forderte anlässlich der Jahresversammlung des Bengalischen Kongresses in Berhampur einen Boycott aller britischen Waren. Er wandte sich scharf gegen die neue Verordnung gegen den Terror und ließ die Möglichkeit einer Kriegserklärung von Seiten des Kongresses durchblicken.

# Die Macht den Arbeitern!

## Der Verzweiflungsakt einer Regierung / Die Bankrotterklärung des kapitalistischen Systems und seiner Sozialdemokratie

Berlin, 9. Dezember.

Die neue Notverordnung, die zur Zeit im Zentrum der Aufmerksamkeit wohl der ganzen kapitalistischen Welt steht, ist zugleich eine Täuschung des Proletariats, das am heftigsten durch sie getroffen wird, wie auch eine Selbsttäuschung der Bourgeoisie, deren drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch sie nicht verhindern können, den sie im Gegenteil beschleunigen wird.

Die Notverordnung will die grausamen Eingriffe in die proletarischen Lebensbedingungen schmackhaft machen mit einer

### Preissenkung.

Sie stellt in Aussicht eine Senkung des gesamten Preisniveaus um 10 Prozent gegenüber — nicht etwa dem heutigen Stand, sondern gegenüber dem Stand vom 30. Juni. Dabei ist seit diesem Stichtag ein erheblicher Teil der Waren bereits heute um mehr als 10 Prozent im Preis gefallen. Nach den Angaben des Konjunkturforschungsinstitutes war der Index der reagiblen Preise am 30. Juni 69,3, während er zur Zeit bereits auf 58,8 gefallen ist. Das ist eine bereits vollzogene Senkung um etwa 15 Prozent. Hier wird also nichts gesenkt werden; hier besteht im Gegenteil sogar die

### Möglichkeit einer Preiserhöhung.

ohne daß dadurch gegen die Vorschriften der Notverordnung verstoßen würde. Bedenkt man, daß die Löhne in der gleichen Zeit er-

### Der letzte Rettungsanker gerissen

Auch die größten Pessimisten (oder Optimisten?) haben sich nicht träumen lassen, daß der deutsche Kapitalismus sich in diesem Dezember so katastrophal aufgeben würde. Die Diskussionen des Wirtschaftsbeirates waren schon schlimm, aber dieser Salat von Wirtschaftsverordnungen, den die Regierung verordnet, müßte auch einen standfesteren Kapitalismus in den Abgrund reißen. Und selbst eine gut ausgeglichene Planwirtschaft würde solchen Eingriffen, wie sie Brüning vornehmen will, nicht standhalten, weil sie sich gegenseitig kreuzen und schlagen und ein völliges Durcheinander erzeugen müssen.

Die Erhöhung der Umsatzsteuer ist so schwerwiegend, daß man fragen muß, ob die angekündigte Preissenkung ausreichen wird, die Tendenz zur Preissteigerung auszugleichen. Die Zinsabwertung wirkt — abgesehen von den unabwehrbaren rechtlichen und privatwirtschaftlichen Schwierigkeiten — das ganze in- und ausländische Kreditgebäude über den Haufen. Nachdem schon in den letzten Monaten — trotz der „Stillhaltung“ — wieder eine Milliarde ausländischer Kredite zurückgeflossen ist, wird jetzt eine Flucht aus den teuren Auslandskrediten in die verbilligten Inlandskredite einsetzen. Es ist nicht abzusehen, ob das deutsche Kreditssystem diesem Sturm standhalten können.

Aber das ist noch nicht die schwerwiegendste Konsequenz: die Herabsetzung

### Die Wirtschaft wankt — aber die Macht hält

Dem drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch gegenüber, den die Bourgeoisie selbst mit raschen Schritten näherkommen sieht, kennt sie nur noch ein Mittel:

#### die brutale Gewalt.

die verhindern soll, daß das Proletariat dieser ins Wanken geratenen Gesellschaft den Todesstoß versetzt. Diese Mittel werden allerdings zweifellos zunächst wirken. Wie lange —, das sei dahingestellt.

Herr Brüning kündigte in seiner Rundfunkrede an, daß er „dem drohenden Zerfall der Volkskraft mit eiserner Energie entgegenzutreten“ werde. Er kündigte auch in eindrucksvoller Form an, daß die Verhängung des Belagerungszustandes (den wir genau genommen ja mehr als nur im Keime heute schon haben) in Aussicht genommen sei. Da die Durchführung des Belagerungszustandes in den Händen des Innenministers liegt und dieser zugleich der Wehrminister ist, so sieht man, daß die deutsche Bourgeoisie gut vorgearbeitet hat, um mit der konzentrierten und gesteigerten Anwendung der Machtmittel ihre Klassenherrschaft zu erhalten in einer Zeit, in der ihr wirtschaftliches Fundament zusammenzubrechen droht.

Zugleich weisen diese Äußerungen Brünings ebenso wie die an die Adresse Hitlers gerichteten Worte darauf hin, daß die Regierung Hindenburg-Brüning-Groener an Rücktritt nicht denkt. Sie wird zweifellos bereit sein, nach jedem durchsetzbaren Weg zu suchen, sich aus den Konsequenzen eines etwaigen parlamentarischen Mißtrauensvotums zu entziehen. In dieser Situation verdoppelt sich die Verantwortung der politischen Führung der Arbeiterklasse, das Proletariat zur Abwehr zu sammeln und zum Kampf bereitzumachen.

Blickt man in dieser Situation nach der immer noch größten Partei, in der Proletariat ihre politische Waffe gegen die Ausbeuter-gesellschaft sehen, nach der Sozialdemokratischen Partei, so muß man mit Entsetzen feststellen, daß sie zweifellos bereit ist, auch diesen ungeheuerlichen Angriff auf die Existenzgrundlagen des Proletariats praktisch ohne Widerstand hinzunehmen.

Der „Vorwärts“ weist darauf hin, daß die Notverordnung und Brünings Rundfunkrede

heftlich stärker abgebaut wurden und daß nunmehr unter Berufung auf einen längst vollzogenen, durch Lohnsenkungen weit überholten Preisabbau neue Lohnsenkungen begründet werden, so erkennt man die ganze Unehrlichkeit des Spieles, das hier mit den Interessen des Proletariats getrieben wird.

Bei den gebundenen Preisen ist noch keine entsprechende Senkung eingetreten. Sie gingen in dem obengenannten Zeitraum von 117,1 auf 116,2 zurück. Hier hätte also eine Preissenkung im Rahmen der Notverordnung einzusetzen. Wieweit das geschehen wird, werden wir abzuwarten haben. Denn wieweit das geschehen kann, das hängt zum entscheidenden Teil nicht von Herrn Groeners Kanonen ab, sondern von der

### Macht der Herren am Rhein und Ruhr.

Gegen ihren Willen wird keine Regierung Brüning etwas ausrichten können. Daß man gegen ihren Willen auch nichts auszurichten versuchen wird, dafür garantiert die Auswahl des für die Preissenkung verantwortlichen Mannes, der der an Rhein und Ruhr verwurzelten Deutschnationalen Volkspartei angehört.

Ueberdies kann jede Preissenkung, die wirklich erfolgen sollte, an jedem Tage wieder rückgängig gemacht werden. An plausiblen Ausreden wird es nicht fehlen. Aber die damit „begründeten“ Lohnsenkungen wird Herr Brüning niemals rückgängig machen.

des Zinssatzes und die gleichzeitigen Einkommensrumpfungen bei den kleinen Sparern und Lohn- und Gehaltsempfängern wird die Abhebung der Spargelder — verstärkt durch den niedrigen Zinsfuß — beschleunigen. In dem allgemeinen Wirrwarr dieser Notverordnung müßte aber die Sperrung der Sparguthaben die Katastrophe bedeuten.

Die nächsten Tage werden schon zeigen, daß dieses „Programm“ das Programm der Leichenfeier des Kapitalismus ist. Am Ende des Kampfes der Bourgeoisie um die Wiederherstellung des „freien“ Kapitalismus steht die Auferstehung der Zwangswirtschaft. Was verdient werden soll, wie verdient werden soll, will die Regierung bestimmen.

Diese Zwangswirtschaft ist im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft unmöglich; sie wird an den Gesetzen des kapitalistischen Marktes scheitern. Zwangswirtschaft — Herabsetzung der Preise, der Zinsen erhöht nur das Risiko, also die Preise, die Zinssätze. An diesem Widerspruch muß die kapitalistische Planwirtschaft scheitern.

Dieser letzte Versuch, das kapitalistische System zu retten, zeigt uns den einzig möglichen Ausweg aus der Krise: Überwindung der kapitalistischen Krise durch die sozialistische Planwirtschaft. Fort mit der Notverordnung — das bedeutet fort mit der kapitalistischen Klasse. Die Entscheidung steht vor der Tür!

eine klare Kampfansage an die Nationalsozialisten bedeuteten. Und er sagt weiter zu diesem Thema:

„Auf der anderen Seite kann ebenso wenig ein Zweifel daran sein, daß der jetzt angesagte Kampf der Regierung Brüning gegen die Nationalsozialisten sehr schnell zu Ende sein wird, wenn eine Mehrheit des Reichstags die Aufhebung der Verordnung verlangt und damit entweder den Sturz der Regierung oder die Auflösung des Reichstags oder beides zugleich herbeigeführt. Der Kampf gegen den Nationalsozialismus würde dann unter gänzlich geänderten Umständen geführt werden müssen. Ein erträgliches Ergebnis der Verhandlungen mit dem Ausland und eine Belebung der Wirtschaft würden dann Dinge sein, die in die allerweiteste Ferne gerückt wären.“

Hält man diesen Äußerungen an die Seite, daß ein Stück vorher der „Vorwärts“ die Hoffnung ausgedrückt hat, daß bei einer günstigen Regelung der Reparationsfrage und bei einer Vermeidung der Krise im Innern „man wirklich hoffen könnte, mit diesen neuesten Zwangsmaßnahmen sei die Sohle des Abgrunds erreicht und nun würde es wieder aufwärts gehen“ — dann erkennt man, daß hier ganz eindeutig schon die weitere Tolerierung, die Tolerierung auch dieses grausamsten Unrechtes an der Arbeiterklasse vorbereitet wird.

Ganz eindeutig kommt das zum Ausdruck in dem, was der „Vorwärts“ über die Abwehr der Angriffe auf die proletarische Lebenshaltung sagt:

„Für die Sozialdemokratie ist es selbstverständlich, daß sie nach geeigneten Mitteln und Wegen suchen muß, um die Wirkungen der Notverordnung auf das Einkommen der arbeitenden Massen abzumildern und so bald wie möglich ganz aufzuheben. In dieser Hinsicht könnte

der 30. April nächsten Jahres, an dem das Tarifrecht wieder in Kraft treten soll, ein Hoffnungstag sein. Ob es aber möglich sein wird, zum nächsten ersten Mai wesentliche Verbesserungen zu erzielen, das wird von der Gesamtentwicklung der wirtschaftlichen und der politischen Verhältnisse abhängen, die heute niemand voraussagen kann.“

Das bedeutet die politische Bankrotterklärung der Sozialdemokratie! Kein Wort von Widerstand, nicht einmal auch nur der Schein, als ob man kämpfen würde. Man vertritt

die Arbeiter auf die Zeit nach vier Monaten! Bis dahin sollen sie kampfflos und widerstandslos hinnehmen, was eine rücksichtslose Ausbeuterklasse ihnen auferlegt. Und selbst dieser auf eine ferne Zeit vertagte, höchst problematische Widerstand wird vom „Vorwärts“ noch mit Einschränkungen versehen. So bleibt denn tatsächlich der Sozialdemokratie nichts anderes, als sich in die hoffnungslose Verzweiflung breiterer bürgerlicher Kreise einzureihen.

Der „Vorwärts“ schließt seinen Artikel, der auf die neue Tolerierung vorbereiten soll, mit diesem Satz:

„Es handelt sich um Leben und Kraft der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland und damit um eine Schicksalsfrage für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt!“

Ja, wahrhaftig! Es handelt sich nicht nur um die sozialistische Arbeiterbewegung und ihre Kraft — es handelt sich um

das Lebensschicksal einer ganzen proletarischen Generation!

Resigniert sie so, wie die Sozialdemokratie resigniert in dieser furchtbarsten Krise der bürgerlichen Gesellschaft, dann ist das Schicksal einer grauenhaften Barbarei über die nächste Generation der Arbeiterklasse verhängt. Jetzt, wo das Bürgertum wirtschaftlich nicht mehr ein noch aus weiß, wo der Kapitalismus im Begriff ist, das vollständige Chaos heraufzubeschwören, jetzt ist es die Pflicht der Arbeiterklasse, ihre historische Mission zu erfüllen und

der zusammenbrechenden Wirtschaft die neue gesellschaftliche Form zu geben, in der sie wieder funktionieren kann:

### die sozialistische Form

Jetzt gilt es, die Proletarier zum Kampf zu rufen gegen das kapitalistische Chaos und seine Fronvögte. Jetzt gilt es, in der Aktion die Einheitsfront des Proletariats zu schmieden, die das Ziel der Sozialistischen Arbeiter-Partei ist.

### Die Macht den Arbeitern!

— das muß der Funke sein, der jetzt zündend von Hirn zu Hirn springt im ganzen Proletariat.

### Die Macht den Arbeitern,

damit die Produktionsmittel unter der Kontrolle des Proletariats nach einem neuen Gesetz in Bewegung gesetzt werden können, nachdem das alte Gesetz die Wirtschaft zum Zusammenbruch geführt hat.

Die Regierung hat öffentliche Versammlungen verboten, sie weiß warum. Um so leidenschaftlicher muß der Wille des Widerstandes in den proletarischen Organisationen selbst sich entfalten. In den Gewerkschaften zuerst. Der Wille des Widerstandes mit allen Mitteln, die dem Proletariat geblieben sind, gegen den schamlosen Raubzug, den eine vor dem Zusammenbruch stehende Klasse in der letzten Stunde an ihm verübt!

### Aufhebung der Notverordnung beantragt

Berlin, 9. Dezember.

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat auf Grund des Artikels 24 der Reichsverfassung die sofortige Einberufung des Reichstags beantragt. Die Deutschnationalen haben ferner folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, die 4. Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 außer Kraft zu setzen.“

(Nachrichten über die Rundfunkrede des Reichskanzlers und die Haltung der Parteien siehe dritte Seite.)

### Diskontsenkung

Berlin, 9. Dezember.

Der Zentralkomitee der Reichsbank ist für heute abend einberufen worden. Das Direktorium will den Tag über Zeit gewinnen, die Folgerungen, die sich aus der Notverordnung auf diskontpolitischem Gebiet ergeben, eingehend zu prüfen und zu studieren. An und für sich rechtfertigt die angespannte Lage des Geld- und Devisenmarktes eine Diskontsenkung keineswegs. Trotzdem besteht die feste Absicht, in der heutigen Sitzung des Zentralkomitees den Reichsbankdiskont von 8 auf 7 Prozent zu ermäßigen unter gleichzeitiger Verringerung der Lombardspanne. Auf diese Weise will die Regierung versuchen, auch von der Diskontseite her die kapitalistische Produktion noch einmal anzukurbeln.

Bereits heute vormittag ist die Berliner Stempelvereinigung, unter Hinzuziehung von Vertretern der örtlichen Stempelvereinigungen im Reich, zu einer Sitzung zusammengetreten, um die Konsequenzen, die sich für das gesamte Bankgewerbe aus der Notverordnung ergeben, zu beraten.



# Von Marx zu Mosse

Walther Victor bei der Berliner Skandalpresse gelandet

Achtung, Achtung! Hier ist der Sender Berlin. Wir senden den Zwickauer Arbeitern die sensationelle Nachricht von der Uebersiedlung Walther Victors ans "8-Uhr-Abendblatt".

\*

Walther Victor ist der langjährige Feuilletonredakteur und stellvertretende Chefredakteur des "Sächsischen Volksblatts" in Zwickau; nicht zuletzt — ein Dichter aus dem wiederauferstandenen Kreise der blauen Blume und zuletzt der politische Leiter des Zwickauer Blattes, dessen Spalten er mit romantischem Geschwätz über die völkerbefreiende Mission sozialdemokratischer Tolerierungspolitik füllte.

Dieser Walther Victor steht jetzt im Begriff, die Stadt Zwickau zu verlassen und mit frischem Mut an neue Aufgaben heranzugehen, nachdem er sich in der großen sozusagen: politischen Leistungsprüfung, die ein hartes Schicksal und der sozialdemokratische Parteivorstand über ihn verhängten, so überaus glücklich bewährt hatte. Es war sicherlich kein leichtes Stück, den Arbeitern im Zwickauer Bezirk einzureden, daß Max Seydewitz an ihnen wie ein Lump gehandelt habe, als er dem ehernen Gesetz des Sozialismus folgte und dafür das Organisationsstatut der SPD für nichts achtete. Es war sicherlich kein leichtes Stück — nur ein Bubenstück —, und es ist ja auch Victor'n nur zum geringen Teil gelungen.

Nun zieht der Dichter mit beschwingtem Schritt in ein neues Land, wo Milch und Honig fließt. Er läßt die felsige Szenerie, auf der er bisher agierte, im Rücken und wird nun auf blumiger Wiese ein mildes Schäferspiel inszenieren. Müde sinkt der starke Kämpfer nach der Schlacht, in der er seinem Namen Unehre machte und keinen Sieg gewann, in sich zusammen, entblößt das schweißige Haupt vom schweren Helm, tut den Streitkolben beiseite und tritt nun — nicht mehr Victor, sondern In-Victor — in den Dienst der bürgerlichen Presse über. Walther von dem Vogelleim übersiedelt ins gelobte Land, nach Berlin.

\*

In der Jerusalemer Straße residiert dort im stolzen mittelalterlichen Trutzbau der Verlag Rudolf Mosse. Dort wird auch das "8-Uhr-Abendblatt" aufgelegt. Das Organ ist wert gekannt zu werden. In der Leitartikelspalte tummeln sich von Zeit zu Zeit sozialdemokratische Prominente oder solche, die es einst gewesen (warte nur, balde...); der politische Text ist mit niedlichen Uebergriffen für das Publikum der Berliner Vergnügungs-Etablissements hergerichtet und unter Bildern, die zum Beispiel beim Besuch des französischen Ministerpräsidenten in Berlin aufgenommen sind, pflegt familiär-naiv etwa folgendes zu stehen: "Ob sie sich wohl gut unterhalten haben...?" oder unter einer Photographie Groeners: "Er hat es Hitler aber ordentlich gesagt!"

Außerdem pflegt das "8-Uhr-Abendblatt"

den Genre von Bettgeschichten unserer Filmdiven und es bietet in dieser Branche wirklich das Beste, was man in dem Genre hat...

Ueber politische Vorgänge wird in dem Blatt stets nach dem Gefühl geurteilt. Ueber die Sozialistische Arbeiterpartei war da übrigens mit Recht ein scharf ablehnendes Urteil zu lesen (schlimm und bedenklich hätte uns nur das Gegenteil gedünkt), aber diese scharfe Ablehnung ging ganz am Kern vorbei. "Das sind unsichere Kantonisten", hieß es da von uns; "sie sind gegen das Reichsbanner und gegen Schwarzrotgold".

Man sieht also, daß der Dichter Victor in diese Redaktion hineinpaßt, als ob er in sie hinein geboren wäre.

Victor wird insbesondere vermutlich die heimliche Literatur zu betreiben haben, die sich auf den Schmuckseiten seines neuen Blattes auf tut. Das "8-Uhr-Abendblatt" ist das Vorbild für alle Zeitungen, die eine Kuppelwiese besitzen.

Wir stellen uns den dicken Mann aus Sachsen schon schwitzend bei der Arbeit vor, die Kuppel-Inserate auf literarisch umzubügeln.

Frei Heil! und gut bekomm's!

Dem "8-Uhr-Abendblatt" sowohl wie dem sozialdemokratischen Redakteur.

Auf Wiederhören!

Der Sender Berlin.

## Song an Victor

Victors „Neuer Frühling“ ist gekommen  
Still bei den Akten liegt der Klassenkampf.  
„Abseits vom Tempo“ trippelt er be-  
[klommen:  
Die Asphaltpresse braucht Revolverdampf!

Oh, stilles Zwickau, wo ich mild gesungen.  
Oh, Walther (mit th), es droht Berlin!  
„Mathilde“ flucht dem Tag, wo es ge-  
[lungen  
Zum „8-Uhr-Abendblatt“ dich hinzuziehn...

Was rief dich aus dem stillen Bosenhause  
Hin, wo die Weltstadt ihren Strudel treibt,  
Wo den Büro-Rebellen keine Pause  
Für „Atemzüge der Besinnung“  
[bleibt?

Doch opfern große Geister gern die „Klasse“,  
Wenn Gott an sie ein höheres Ziel vergibt  
Und liefert täglich (per a-conto-Kasse)  
Dem Bürgertum „Geliebtes Manu-  
[skript“...

## Wird Martin Burgtheater-Direktor?

Wie verlautet, besteht die Möglichkeit, daß Karl Heinz Martin, der dieser Tage wieder nach Berlin zurückgekehrt ist, Direktor des Wiener Burgtheaters wird. Die Entscheidung wird in den nächsten Tagen darüber fallen. Martin ist bereits in Verhandlungen mit den zuständigen Stellen getreten.

## „Pietät“ der Blaublütigen

Madrid, 8. Dezember.

Wie jetzt bekannt wird, wurden bei den Versteigerungen der königlichen Stallungen die meisten Pferde von spanischen Aristokraten erworben, die sämtliche Tiere töten ließen. Es heißt, daß dieser kuriose Beschluß als eine Art „pietätvoller Art“ der Adligen anzusehen ist, welche nicht wollten, daß die königlichen Reitpferde von anderen Personen benutzt werden...!

## Ein Kriegsschiff — als Wohnhaus

Ein seltsames „Wohnhaus“ wurde der Stockholmer Armenpflege durch die schwedische Behörde zugewiesen. Es handelt sich nämlich um das alte Kriegsschiff „Niord“, das für Wohnzwecke umgebaut werden soll. Das Schiff wird am Ufer des Mälars-See verankert werden und wird 300 Mann (meist obdachlosen Seeleuten) Aufenthaltsmöglichkeit gewähren.

## Funkgruß zu Ehren Marconis

Washington, 8. Dezember.

Zur Feier der ersten drahtlosen Nachricht Marconis, die vor dreißig Jahren gesandt wurde, hat die amerikanische Funkgesellschaft ein Festprogramm mit 16 Ländern vereinbart. Dieses Funkprogramm wird am Sonnabend, dem 12. d. M., um 22 Uhr MEZ gesandt werden und 2½ Stunden dauern. An diesem internationalen Funkgruß für Marconi sind Deutschland, Amerika, England, Italien, Spanien, Belgien, Frankreich, Polen, Kanada, Hawaii, die Philippinen, Japan, Australien, Argentinien, Brasilien und Venezuela angeschlossen.

## Die größte Schule der Welt

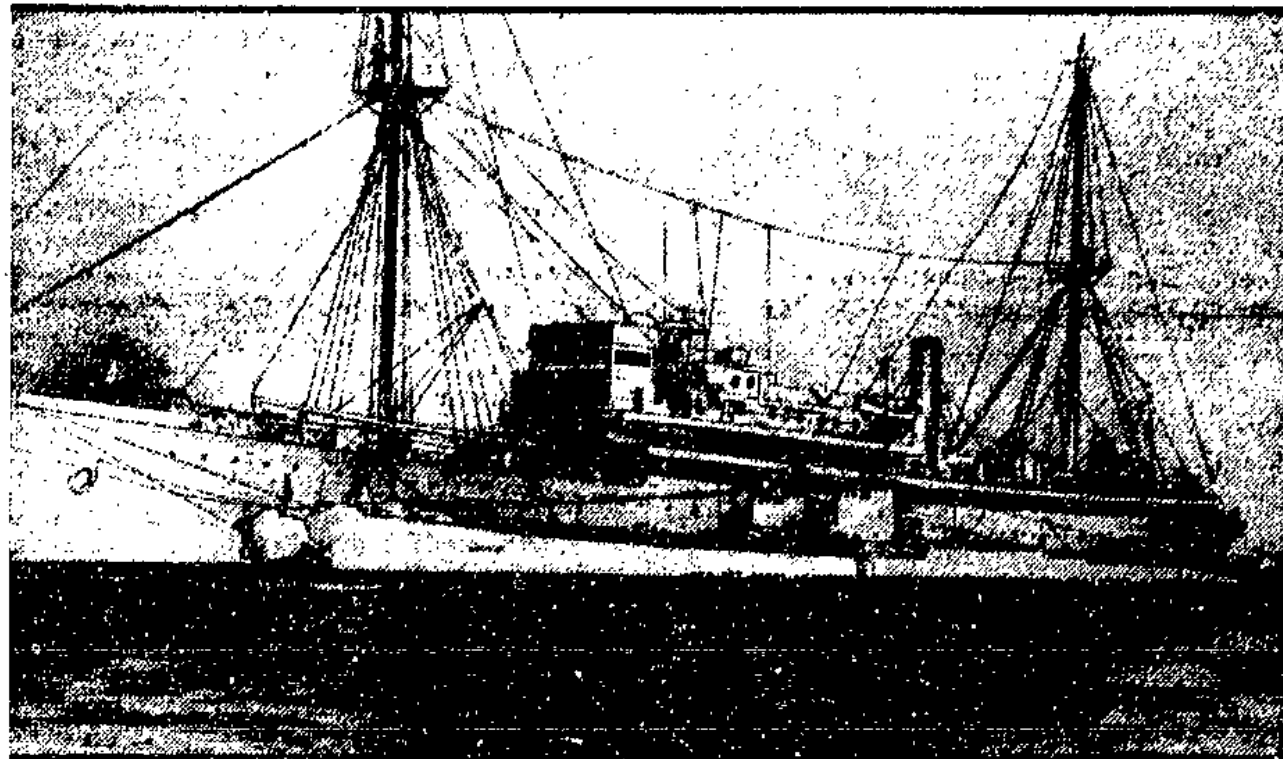
Den Ruhm, die größte Schule der Welt zu besitzen, nimmt die Stadt Milwaukee für sich in Anspruch. In dieser Stadt befindet sich ein sechsstöckiges Gebäude, das von 12.000 Schülern besucht wird. Hierzu kommen noch 9000 sogenannte „Abendschüler“. In dieser Schule befindet sich eine eigene Bäckerei, eine Druckerei, eine elektrische Kraftanlage und sogar — ein Friseurgeschäft.

## Der Film beim Großfeuer

Vorführungen von Filmen werden künftig in der Ausbildung der Pariser Feuerwehrleute eine große Rolle spielen. Zu diesem Zweck ist die Wehr mit einer Filmkamera ausgerüstet worden, die auf einem Beiwagen montiert ist und bei Großfeuer in Tätigkeit treten soll. Der Film wird den jungen Wehrleuten vorgeführt, um ihnen die verschiedenen Methoden der Feuerbekämpfung, wie sie heute zur Anwendung kommen, zu veranschaulichen. Die Bilder werden aber auch im Stab des Regiments der „Sapeurs Pompiers“ — die Pariser Feuerwehr ist eine militärisch organisierte Pionierabteilung — studiert zu dem Zweck, Fehler in der Technik des Löschwesens festzustellen und den Weg zu Verbesserungen aufzuzeigen. Der Film soll weiterhin die größten Feuerkatastrophen der Vergangenheit lebensecht rekonstruieren. Die auf den Beiwagen der Feuerwehr mitgeführten Apparate werden in genügender Zahl hergestellt, um auch die wichtigsten Feuerwehren in der Provinz mit ihnen auszurüsten.

# „Abrüstung“ im Kapitalismus

Die Arbeit der Gröners von USA



## Kleine Illustration zu Hoovers Friedensreden

Die neuesten amerikanischen Riesenunterseeboote „Beracuda“ und „Bonita“ vor dem Uboot-Mutterschiff „Holland“. Die U-Boote sind, wie die bürgerliche Presse hervorhebt, „mit den neuesten Errungenschaften der Technik ausgestattet“

# Die in ihre Hände fallen...!

ROMAN von JUSTIN RICHTER

(Copyright by Greifenverlag Rudolstadt)

21. Fortsetzung

26.

Dr. Geyer hielt es für zweckmäßig, bei dem Amtsrichter Dr. Schubert vorzusprechen.

„Das Vormundschaftsgericht soll in diesem Fall unwissentlich als Mitwirkender bei einem ungeheuren Intrigenspiel mißbraucht werden,“ sagte er.

„Wieso denn,“ antwortete der Richter, „die Wehners können nichts machen, weil sie keine Zeugen haben, die Anzeiger aber sind zugleich Zeugen; so ist's im ganzen Rechtsleben, wer seine Behauptung beweisen kann, der gewinnt, und wer sie nicht beweisen kann, der verliert, wenn er an sich auch im Recht ist.“

„Sie fassen also die Sache als einen Streit zwischen zwei Parteien auf, auf der einen Seite steht die Partei Hammer und Bader als Anzeiger und zugleich als Zeugen, auf der anderen Seite stehen die Schwestern Wehner.“ „Ganz so ist's nicht, es ist ja ein Offizialverfahren, aber die Nachbarn fühlen sich halt belästigt. Sie kann nicht schlafen,“ sagt die Frau Bader.“

„Dann sind Sie also der Meinung, das Vormundschaftsgericht sei dazu da, um den Schlaf der Frau Bader zu behüten, ich habe bisher gemeint, das Vormundschaftsgericht sei dazu da, um die Interessen der Minderjährigen und Jugendlichen wahrzunehmen.“

„Das tun wir ja auch, wir sorgen ja für die Jugendlichen dadurch, daß wir sie in die Erziehungsanstalten bringen.“

„Ohne Grund, nur um den bösen Nachbarn eine Freude zu machen.“

„Wenn die Nachbarn Kläger sind, schon, wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter.“

„Ihre Auffassung dürfte den Grundsätzen des Jugendwohlfahrtsgesetzes doch nicht ganz entsprechen.“

„Da gibt's nicht viel Auffassung, das Gesetz sagt eben, wo die Gefahr der Verwahrlosung besteht, da soll die Fürsorgeerziehung angeordnet werden, und danach handeln wir.“

„Ja, aber was Sie unter Verwahrlosung verstehen, da steckt der Fehler. Sie reißen Geschwister auseinander, Sie bringen ein Mädchen um ihren Beruf, um die Ausbildung zu einer Lebensstellung, um ihren Verdienst, um jede Heiratsaussicht, Sie wollen sie ächten und brandmarken, ihr in der Jugend schon das Leben in geordneten Bahnen unmöglich machen, mit einem Wort, ihre Existenz vernichten, und das alles ohne jeden Anlaß. Sie sprechen von Verwahrlosung, in einem Fall wie hier, wo die Lebensführung des Mädchens so einwandfrei und vorbildlich ist, daß jede Familie stolz darauf sein könnte, wenn es bei ihren Töchtern auch so wäre.“

„Das mag schon sein,“ antwortete der Richter, „aber wir kämpfen nicht nur gegen die Verwahrlosung, wir kämpfen auch gegen die Gefahr der Verwahrlosung, und so viel steht jetzt schon fest, einmal ist das Mädchen schon geküßt worden und einmal ist sie sogar erst um zwei Uhr nachts nach Hause gekommen, das hat ihre Schwester selbst zugestanden.“

Dr. Geyer blickte erstaunt auf den Amtsrichter.

„Ja, gegen was kämpfen Sie denn eigentlich mit ihrer famosen Erziehungsanstalt, gegen die Lebensfreude? Wollen Sie die Menschen zu stumpfsinnigen Maschinen erziehen? Das halten Sie für Jugendfürsorge? Wissen Sie, in der ganzen Affäre hier gibt es nur einen Menschen, der wirklich Jugendfürsorge treibt, das bin ich, die anderen Beteiligten, die treiben Jugendquälerei und Jugendschikane.“

„Sie haben's gerade nötig, auch noch anderen Vorwürfe zu machen,“ sagte der Richter geringschätzig, „wo Sie so offen ein Verhältnis haben und alle möglichen Leute davon wissen und davon reden.“

„Die ganze Welt soll davon wissen und davon reden. Ihre veralteten Moralbegriffe, Herr Amtsrichter, die können Sie für sich behalten, damit finden Sie vielleicht in einem Altjüngfernstift noch Anhang, aber nicht bei modernen und vernünftigen Menschen.“

„Das kann ich Ihnen sagen,“ fügte Dr. Geyer nach einer Pause hinzu, „für mich gibt es nichts auf der Welt, worauf ich so stolz bin, wie auf das Verhältnis mit Fräulein Hedwig Wehner.“

Es sah fast so aus, als ob etwas von Bewunderung und von Neid aus dem Gesicht des Amtsrichters herauszulesen wäre.

„Das sind Privatangelegenheiten,“ brummte er schließend, „für mich handelt es sich darum, daß das Mädchen durch die Fürsorgeerziehung und die Verbringung in eine Erziehungsanstalt von der Verwahrlosung gerettet wird.“

„Nur die irreführenden Bezeichnungen,“ fuhr der Anwalt fort, ermöglichen es überhaupt, daß diese mittelalterliche Einrichtung, die sogenannte Fürsorgeerziehung, so wie sie heute gehandhabt wird, noch bestehen kann.“

Das Gewissen der Öffentlichkeit wird durch die wissenschaftlich gewählten Worte eingekullt. Der gute Bürger glaubt, es handelt sich wirklich um Erziehung und wirklich um Fürsorge und ist beruhigt und hält alles für ganz richtig und ordnungsmäßig. Wenn die Leute wüßten, daß die sogenannte Fürsorgeerziehung eine Zerstörung der Lebensmöglichkeit ist, ein Hineinziehen ordentlicher Menschen in den Schmutz, aus dem sie nie wieder herauskommen, dann würde bald ein Sturm der Entrüstung die ganze schauerhafte Einrichtung wegwehen.“

„Sie werden doch nicht in Abrede stellen, daß es Fälle gibt, in denen die Anordnung der Fürsorgeerziehung eine dringende Notwendigkeit ist,“ erwiderte der Richter.

„Nein, das will ich nicht,“ war des Anwalts Antwort, „aber bei richtiger und vorsichtiger Anwendung des Gesetzes sind diese Fälle äußerst selten. Die Fürsorgeerziehung kann immer nur dann in Frage kommen, wenn durch sie nichts mehr verdorben werden kann, wenn der Jugendliche sich in einem solchen Tiefstand des sittlichen Niveaus befindet, daß auch die Erziehungsanstalt ihn nicht mehr schädigen kann. Bei arbeitsscheuen, vagabundierenden Menschen hat es vielleicht einen Wert, sie an ein geordnetes Leben zu gewöhnen, aber dagegen wende ich mich ja gerade, daß mit dem Gesetz Mißbrauch getrieben wird, daß der Gummibegriff „Verwahrlosung“ auf Tausende von Fällen angewendet wird, zu denen er gar nicht paßt, daß man sogar den Versuch macht, ihn auf berufstätige Frauen anzuwenden. Es gibt keinen größeren Gegensatz als die Begriffe „Berufstätigkeit“ und „Verwahrlosung“. Bei Menschen, die im Leben schon etwas sind und die im Begriffe sind, sich eine Zukunft zu erarbeiten, ist der Gedanke, sie in die Erziehungsanstalt zu verbringen, der helle Wahnsinn.“

(Fortsetzung folgt)



# So wird Not diktiert!

## Die Notverordnung vom 8. Dezember

### I. Preis- und Löhnsenkung.

#### 1. Gebundene Preise.

Es wird in der Verordnung verlangt, daß alle Preise, die durch Kartelle, Syndikate und ähnliche Abmachungen sowie durch Verpflichtungsscheine und Lieferungsbedingungen gebunden sind, bis zum 1. Januar 1932 um mindestens

10 vom Hundert gegenüber dem Stand vom 1. Juli 1931 gesenkt werden.

Von den vorstehenden Bestimmungen sind die Preise ausgenommen, zu deren Einhaltung sich die Beteiligten für den inländischen Geschäftsverkehr durch einen internationalen Kartellvertrag verpflichtet haben. Bezüglich der Überwachung und Senkung dieser Preise verbleibt es bei den bestehenden Eingriffsbefugnissen; diese Kartellverträge sind dem Reichswirtschaftsminister bis zum 1. Januar 1932 vorzulegen.

Im übrigen können nur in besonders gelagerten Fällen Ausnahmen bewilligt werden; andererseits kann der zuständige Reichsminister, wenn er eine weitere Preissenkung für notwendig hält, im Einzelfalle eine über 10 vom Hundert hinausgehende Senkung verlangen.

Besonders gerechtfertigt sind die Preisbindungen in der Kohlen- und Kaliwirtschaft. Deren Zwangssyndikate haben mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ihre Preise um 10 vom Hundert zu senken. Die Kohlsyndikate und Kohlenhändler dürfen künftig Einzelhändler nicht bestrafen, weil sie die durch örtliche Händlerorganisationen festgesetzten Kleinverkaufspreise nicht eingehalten haben.

#### 2. Freie Preise.

Der Preisbeeinflussung der lebenswichtigen Waren und wirtschaftlichen Leistungen des freien Marktes dient die Einsetzung eines Reichskommissars für Preisüberwachung mit außerordentlichen Vollmachten.

Er kann mit dem Ziele der Preissenkung Vorschriften oder Anordnungen über alle Preise für lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs oder für lebenswichtige Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs erlassen und wird seine besondere Aufmerksamkeit der Beseitigung überhöhter Preisspannen in den Preisen zuwenden.

Die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte werden durch die Einfuhr ausländischer Produkte gefährdet, die wegen des Absinkens der Währung in Erzeugerländern vermehrt auf den deutschen Markt dringen. Die Reichsregierung wird insbesondere im Interesse der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, beschleunigt die Gegenmaßnahmen treffen, die sich aus dem Vorgehen anderer Länder auf dem Gebiete der Währung und der Devisenbewirtschaftung ergeben.

#### 3. Zinsfuß.

Die Notverordnung sieht vor, daß die Zinsen für alle langfristigen Forderungen um rund 1, jedoch nicht unter 6 Prozent gesenkt werden. Bei den besonders übersteigerten, über 12 Prozent hinausgehenden Zinsen ist eine noch stärkere Herabsetzung vorgesehen. Die Beeinflussung der Debitzinsen auf dem Geldmarkt ist organisch, ausgehend von den Habenzinsen, herbeizuführen. Der Reichskommissar für das Bankgewerbe hat zu diesem Zweck Vereinbarungen zwischen den Spitzenverbänden der Kreditinstitute herbeizuführen über die Höhe der künftig zu zahlenden Habenzinsen und über die Berechnung der Provisionen bei Weitergabe der Gelder an Dritte.

#### 4. Tarife.

Neben der Senkung der Zinsen, der Löhne und anderer Aufwendungen soll die Preissenkung durch Tarifermäßigungen der Reichsbahn gefördert werden. Die Reichsbahn wird diese für den Güterverkehr im Gesamtausmaß von jährlich 300 Millionen RM. eintreten lassen. Sie erwartet dabei, daß die neuen Regierungsmaßnahmen in ihrer Gesamtheit sowie die zu erhoffende Neubelebung des Verkehrs das finanzielle Risiko ausgleichen.

Der Normaltarif wird in allen Klassen einschließlich der Nebenklasse gegenüber dem Stande vom 31. Oktober 1931 durchgehend gesenkt; bei Stückgut um 15 Prozent, bei Klasse A um 24 Prozent, bei der neuen Klasse B um 17-24 Prozent, bei den Klassen C um 15-25 Prozent, D um 14-26 Prozent, E um 14-25 Prozent, F um 10-22 Prozent und G um 5-17 Prozent. Der Tarif wird entsprechend gesenkt unter besonderer Berücksichtigung der Kleinsendungen. Auch auf dem Gebiete der Ausnahmetarife werden zahlreiche weitere Ermäßigungen eingeführt. Den Hauptwert hat die Reichsregierung auf eine Senkung der Kohlenfrachten in Höhe von 88 Millionen gelegt. Der gesamten Wirtschaft soll weiterhin durch Senken der Anschlussgebühren, die Verbilligung der Rollgebühren durch Aufwendung von etwa 70 Millionen und die Organisierung des Sammelgutverkehrs fühlbare Entlastung gebracht werden.

Die neuen Tarife einschließlich der Kohlentarife sollen zum 16. Dezember 1931 durchgeführt werden mit Ausnahme derjenigen Tarife, deren Neuberechnung bis zu diesem Tage nicht fertiggestellt werden kann.

Die vom Reich festgesetzten Schiffsabgaben werden entsprechend ermäßigt.

#### 5. Steuerverzugszuschläge.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab werden die Steuerverzugszuschläge vollständig aufgehoben. Außerdem werden die Steuerzinsen gesenkt.

### II. Wohnungswirtschaft.

#### 1. Hauszinssteuer.

Auf dem Gebiete des Wohnungswesens bringt die Verordnung die endgültige Regelung der Hauszinssteuer.

Die Hauszinssteuer soll noch eine Reihe von Jahren gezahlt werden, ihr staffelmäßiger

Abbau ist aber vorgesehen und mit dem Schluß des Rechnungsjahres 1939 wird sie ganz aufhören. In den Rechnungsjahren 1932 bis 1934 soll sie noch in voller Höhe erhoben werden, d. h. nach Abzug der Ermäßigung um 20 v. H., die nach Maßgabe der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 eintritt. Vom 1. April 1935 ab wird ein Abschlag von 25 v. H. gewährt, der zwei Jahre gilt. Vom 1. April 1937 ab wird für drei Jahre noch je die Hälfte der Steuer erhoben, die mit dem 1. April 1940 völlig in Fortfall kommt. Um einerseits Ländern und Gemeinden in nächster Zeit größere Mittel zuzuführen und andererseits den Hausbesitzern die Sicherheit zu geben, daß die Hauszinssteuer in der vorher angegebenen Weise abgebaut wird, ist die Möglichkeit einer

#### Ablösung

der ab 1. 4. 1932 noch zu erhebenden Steuer durch Zahlung des dreieinhalbfachen Jahresbetrages in der Zeit vom 1. April 1932 bis 31. März 1934 gegeben. Wer bis zum 31. März 1932 ablöst, braucht nur das Dreifache zu zahlen.

#### 2. Mietsenkung.

Die Notverordnung sieht eine Mietsenkung sowohl der Wohnungen als der gewerblichen Räume vor. Die Grundlage für eine solche Mietsenkung ist geschaffen durch die Herabsetzung des Zinsfußes in Verbindung mit der Neuordnung der Hauszinssteuer.

#### Altmieten.

Bei den Räumlichkeiten, die den Vorschriften des Reichsmietengesetzes unterliegen, ebenso bei den Räumlichkeiten, die zwar den Vorschriften des Reichsmietengesetzes nicht mehr unterliegen, die jedoch bereits vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind und für die daher die Friedensmiete zu ermitteln ist, tritt eine Senkung um 10 v. H. der Friedensmiete ein.

#### Neumieten.

Bei der Miete in den Neubauwohnungen wird so vorgegangen werden, daß die tatsächliche Entlastung, die der Vermieter, im Einzelfall durch die Zinsherabsetzung erfährt, von der Miete in Abzug gebracht wird. Die Möglichkeit zur Mietsenkung in den Neubauten wird daher sehr verschieden sein. Um möglichst schnell die Miete festzustellen, die in Neubauten vom 1. Januar 1932 ab zu zahlen ist, wird in den Ausführungsbestimmungen dem Vermieter die Verpflichtung auferlegt werden, den Mietern unverzüglich die neue Mietberechnung mitzuteilen.

Besondere Berücksichtigung erfordern die Fälle, in denen der Mietzins bereits von den Vermietern im Laufe des letzten Jahres herabgesetzt worden ist. Diese Herabsetzung soll bei der angeordneten Mietsenkung angerechnet werden.

#### 3. Vertragskündigung.

Neben der Mietsenkung gibt die Verordnung dem Mieter ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Altbau oder Neubau, um Wohnungen oder Geschäftsräume, handelt, das einmalige außerordentliche Recht, einen vor dem 15. Juli geschlossenen, über den 31. März 1932 hinaus laufenden Mietvertrag vorzeitig zu dem letztgenannten Termin durch eine spätestens am 5. Januar 1932 dem Hauswirt zugehende Kündigung zur Auflösung zu bringen. Dieses Kündigungsrecht soll nur ausgeschlossen sein, wo der Hauseigentümer sich mit dem Mieter im Laufe des Jahres 1931 auf eine Senkung des Mietzins um mindestens 20 v. H. geeinigt hat.

#### 4. Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft.

Als Zeitpunkt für den Eintritt der Aufhebung der Zwangswirtschaft für größere Wohnungen ist der 1. April 1932 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt können mithin Mietverhältnisse über teure Wohnungen frei gekündigt und neue Mieten vereinbart werden. Dasselbe gilt für Geschäftsräume. Diese bleiben jedoch geschützt, wenn sie im räumlichen oder wirtschaftlichen Zusammenhang mit Wohnräumen stehen und die Friedensmiete unter den Grenzen für die erwähnten großen Wohnungen bleibt. Schließlich bedürfen auch Untermietverhältnisse jetzt keines besonderen Schutzes mehr, da auf diesem Gebiete im allgemeinen ein erhebliches Ueberangebot besteht. Aber auch soweit hienach Wohnungen und Geschäftsräume aus der Zwangswirtschaft herausgenommen werden, bleiben in Zukunft die §§ 49 a und 52 e des Mieterschutzgesetzes anwendbar, d. h. das Fördern, Annehmen oder Versprechenlassen von unangemessen hohen Mieten bleibt verboten und strafbar, derartige Mieten können im Prozeßwege auf das angemessene Maß herabgesetzt werden, einem zur Räumung verurteilten Mieter kann auf seinen Antrag eine Räumungsfrist gewährt werden; der Mieter kann mit Reparaturforderungen aufrechnen, auch wenn es im Vertrag verboten ist; die fristlose Kündigung des Vermieters bleibt auf die im Mieterschutzgesetz genannten Fälle beschränkt; im übrigen beträgt die Kündigungsfrist auch bei Monatsmiete ein Vierteljahr (abgesehen von Untermieten).

Das Verbot der Zusammenlegung und der Umwandlung von Wohnungen in Geschäftsräume wird aufgehoben. Die Notwendigkeit, leerstehenden oder freiwerdenden Wohnraum zu beschlagnahmen oder seine Vermietung durch den Eigentümer von obrigkeitlicher Zustimmung abhängig zu machen, kann nur noch für die kleineren Wohnungen anerkannt werden. Ebenso können diese Zwangsbefugnisse bei den Werkwohnungen und den Wohnungen der unter öffentlicher Aufsicht stehenden Wohnungsunternehmen entzogen werden.

Die bereits in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 angekündigte

völlige Aufhebung der Wohnungsgesetze wird für den 1. April 1933 in Aussicht genommen, wobei aber für das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz erneut ausdrücklich die Bedingung gestellt wird, daß bis dahin die Mietvorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches nach sozialen Gesichtspunkten ausgestellt worden sind.

### III. Maßnahmen auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung.

Der Zuschlag darf regelmäßig nicht unter 7/10 des Grundstückswertes erteilt werden, weiter aber auch kann der Schuldner, der seine Verpflichtungen infolge der Wirtschaftskrise nicht erfüllen können, auf höchstens sechs Monate die einstweilige Einstellung der Grundstücksversteigerung erwirken. Um Härten, die sich im Einzelfalle für die Gläubiger ergeben könnten, zu vermeiden, sieht die Verordnung vor, daß das Gericht bei seiner Entscheidung die Interessen des Schuldners und des Gläubigers gegeneinander abzuwägen hat.

Es ist vorgesehen, daß bei landwirtschaftlichen Grundstücken auf Antrag des Schuldners gegenüber dem betreibenden Gläubiger die vorläufige Einstellung der Zwangsversteigerung bis nach der Ernte dann zulässig sein soll, wenn die ordnungsmäßige Fortführung des Betriebes durch den Schuldner gewährleistet, aber bei Fortführung des Zwangsversteigerungsverfahrens gefährdet sein würde.

Endlich ist Vorkehrung getroffen, Zwangsvollstreckungsmaßnahmen in bewegliche Gegenstände des landwirtschaftlichen Betriebes seitens des Gerichts dann aufzuheben, wenn durch die Zwangsvollstreckung dem Schuldner die zur ordnungsmäßigen Fortführung der Wirtschaft bis zur Ernte benötigten Mittel entzogen würden und die Gewähr dafür besteht, daß der Schuldner den Erlös aus der Veräußerung dieser Gegenstände zur ordnungsmäßigen Fortführung der Wirtschaft verwenden wird.

#### IV. Sonstige wirtschaftliche Maßnahmen.

Die Aufteilung großer Gesellschaften wird steuerlich erleichtert.

Außer der Aufteilung will die Verordnung auch die völlige Auflösung von Gesellschaften erleichtern.

2. Die Verordnung sieht eine Ermächtigung an den Reichsminister der Finanzen vor, wonach durch Rechtsverordnung mit steuerlicher Wirkung vom 1. April 1932 an auf dem Gebiete der Einheitsbewertung und der Vermögenssteuer Maßnahmen getroffen werden können, die den seit dem 1. Januar 1931 eingetretenen Wertveränderungen Rechnung tragen.

3. Die Mineralwassersteuer wird vorübergehend außer Kraft gesetzt.

4. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die erforderlichen Erleichterungen in der Bilanzierung einzuführen.

5. Ein 4-Pfennigstück wird geschaffen. Es soll dazu dienen, den Zahlungsverkehr mit Pfennigrechnung zu erleichtern.

#### V. Sozialversicherung und Fürsorge.

##### 1. Invalidenversicherung.

Die Verordnung läßt die Renten der Invalidenversicherung in ihrer Höhe und im Kinderzuschuß unberührt, hält aber für notwendig, daß z. B. die Kinderzuschüsse und Waisenrenten nicht mehr über das 15. Lebensjahr hinaus gezahlt werden, daß der doppelte und dreifache Bezug von Renten wegfällt oder wenigstens eingeschränkt wird, daß die Hinterbliebenenrenten in ihrem Gesamtbetrag nicht die Hauptrente übersteigen und daß die Versorgung von Witwen, deren Männer beim Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung (1. Januar 1912) schon invalide oder tot waren und die nach altem Rechte überhaupt keinen Versicherungsanspruch hatten, von der Versicherung wieder auf die Fürsorge übergeht.

##### 2. Unfallversicherung.

In der Unfallversicherung fallen die kleinen Verletztenrenten weg.

##### 3. Krankenversicherung.

Die Notverordnung schreibt den Kassenärzten als Gesamtvergütung ein gegen 1930 verkleinertes und mit den Löhnen gleichendes Kopfpauschale vor. Die Leistungen werden für die Krankenkassen und Ersatzkassen auf die Regelleistungen beschränkt.

##### 4. Fürsorge.

Bei Ausmaß der Unterstützung tritt an die Stelle des ziffernmäßig vorgeschriebenen Zwanges das Ermessen der Fürsorgeverbände und die Rücksicht auf die Eigenart des Falles.

#### VI. Arbeitsrechtliche Vorschriften.

##### 1. Lohn- und Gehaltssenkung.

Die Verordnung schafft deshalb mit Wirkung vom 1. Januar 1932 unmittelbar eine Senkung der Löhne und Gehälter, und zwar grundsätzlich auf den Stand am 10. Januar 1927, indem sie für die Zeit vom 1. Januar 1932 an die damaligen geldlichen Lohn- oder Gehaltssätze anstelle der heutigen als im Tarifverträge vereinbart gelten läßt. Die Verordnung bestimmt, daß im Höchstfall Senkungen um 10 v. H., und in den seltenen Ausnahmefällen, in denen seit dem 1. Juli 1931 keine Kürzung eingetreten ist, um 15 v. H. eintreten dürfen. Dieselben Hundertsätze der Lohn- und Gehaltssenkung gelten auch für die Wirtschaftszweige, in denen am Stichtag, dem 10. Januar 1927, kein Tarifvertrag bestand. Sie gelten ferner für die Senkung der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten des Kohlen- und Kalibergbaus.

##### 2. Tarifvertrag.

Die Verordnung sieht deshalb vor, daß der neue Lohn- oder Gehaltsstand unverzüglich bis ins einzelne festgelegt wird. Zu diesem Zweck treten die Parteien jedes Tarifvertrages bis zum 19. Dezember 1931 zusammen, um die nach den Vorschriften der Verordnung ab 1. Januar 1932 geltenden Sätze in einem Nachtrag zum Tarifvertrag festzulegen. Dabei werden sie Gelegenheit haben, etwa durch die Lohnherabsetzung entstandene Unebenheiten des Tarifvertrages im übrigen durch Vereinbarung zu beseitigen.

Falls die Tarifvertragsparteien in freier Verhandlung nicht zu der Festlegung gelangen, z. B. weil die Aenderung der Lohn-

oder Gehaltssätze gleichzeitige Aenderungen von Bestimmungen des Manteltarifvertrages nahelegt, über die sie sich nicht zu einigen vermögen, muß die Klarstellung des Ergebnisses der Kürzungsvorschriften der Verordnung durch eine Behörde erfolgen. Die Verordnung sieht hierfür die Schlichter als die geeigneten Stellen vor. Sie treffen ihre Festsetzungen endgültig und bindend gegenüber allen Beteiligten.

Da durch die Herabsetzung der Löhne und Gehälter im Lauf des Tarifvertrages keine Aenderung eintreten soll, trifft die Verordnung auch Vorsorge dafür, daß die neuen Sätze mit größter Beschleunigung im Rahmen eines im übrigen allgemeinverbindlichen Tarifvertrages ebenfalls allgemeinverbindlich werden. Sie beschränkt dieses verkürzte Verfahren der Allgemeinverbindlicherklärung aber auf die Fälle, in denen dem Reichsarbeitsminister von der Aenderung unverzüglich Kenntnis gegeben wird; andernfalls müssen die Parteien das regelmäßige Verfahren in den Kauf nehmen.

Das geschilderte Verfahren der Lohnsenkung gilt nicht für die Arbeiter und Angestellten, deren Löhne oder Gehälter nach den Vorschriften der Verordnung bereits im Zusammenhang mit der Kürzung der Beamtengehälter gesenkt werden.

Von einem Eingreifen in die nicht tarifvertraglich, sondern lediglich im Einzelarbeitsvertrag geregelten Löhne und Gehälter hat die Verordnung abgesehen.

Auf Grund der durch die Verordnung erreichten allgemeinen Anpassung der Löhne und Gehälter an die veränderte Wirtschaftslage wird alsdann die anfangs erwähnte, auch im Wirtschaftsbeirat erörterte

#### Verfeinerung des Tarifvertragssystems

anzustreben sein. Zu diesem Zweck müssen nötigenfalls einheitliche Tarifverträge in getrennte Vereinbarungen für einzelne Gebiete oder Wirtschaftszweige zerlegt werden. In den Tarifverträgen soll ferner in geeigneten Fällen die Möglichkeit geschaffen werden, eine vorübergehende besondere

#### Notlage einzelner Betriebe angemessen zu berücksichtigen.

Die zeitliche Dauer der tarifvertraglichen Bindung muß den Bedingungen des Einzelfalles vorsichtig angepaßt werden. Die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruches soll in der Regel nur da erfolgen, wo wichtige gesellschaftliche Interessen zur Anwendung dieses letzten staatlichen Mittels nötigen, wo die eine Seite tarifvertragliche Vereinbarungen grundsätzlich ablehnt oder wo die Befürchtung gerechtfertigt ist, daß ein tarifvertragloser Zustand zu unerträglichen sozialen Härten oder wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen würde.

#### Den Inhalt des 7. Teiles der Notverordnung zur „Sicherung der Haushalte“ können wir aus Raumgründen erst morgen geben.

#### VIII. Der Belagerungsuetand.

##### 1. Waffenmißbrauch.

Die Vorschriften gegen den Waffenmißbrauch sind ergänzt. In gefährdeten Bezirken kann die Anmeldung von Waffen aller Art und, wenn nötig, auch die Ablieferung verlangt werden. Der Erwerb von Schusswaffen wird erschwert. Die Herstellung von Hieb- und Stoßwaffen sowie der Handel mit diesen sind genehmigungspflichtig. Gegen verbotenen Waffenhandel sind die bisherigen Strafvorschriften erheblich verschärft worden.

##### 2. Uniformverbot.

Das Tragen von Uniformen und Abzeichen politischer Verbände wird mit sofortiger Wirkung ohne jede Ausnahme für das ganze Reichsgebiet verboten.

##### 3. Ehrenschutz.

Zur Verstärkung des Ehrenschutzes der im öffentlichen Leben stehenden Personen werden die Strafrahmen der allgemeinen Beleidigungsparagrafen des Strafgesetzbuchs verschärft, indem bei leichtfertiger Behauptung solcher nicht erweisbarer Tatsachen, die geeignet sind, diese Personen des Vertrauens unwürdig erscheinen zu lassen, dessen sie für ihr öffentliches Wirken bedürfen, das Mindeststrafmaß auf 3 Monate Gefängnis und bei verleumdender Beleidigung auf 6 Monate festgesetzt wird. In diesen Fällen soll ferner das Gericht neben der Strafe und neben der bei materiellem Schaden schon heute zulässigen, dem Verletzten zufließenden Buße auf eine weitere an die Staatskasse zu entrichtende Buße bis zu 100 000 Mark erkennen können. Für alle Strafverfahren wegen Beleidigung ist der Umfang der

Beweisaufnahme in das Ermessen des Gerichts gestellt,

das hierbei nicht durch Anträge, Verzichte oder frühere Beschlüsse gebunden sein soll und für alle im Wege der öffentlichen Klage durchgeführten Beleidigungsprozesse das sogenannte

#### Schnellgerichtsverfahren

unbeschränkt zugelassen.

##### 4. Burgfrieden.

Zur Wahrung des Weihnachtsfriedens sind bis zum 3. Januar 1932

alle öffentlichen politischen Versammlungen und Aufzüge verboten.

Ebenso ist die Verbreitung von Plakaten und Flugblättern politischen Inhalts untersagt.

#### „Kolonialvölker“ erwachen

##### Mohammedanischer Anspruch auf die Hedschas-Bahn.

London, 9. Dezember.

Die Moslem-Konferenz in Jerusalem nahm am Dienstag eine Entschliebung an, in der gefordert wird, daß Frankreich und England die Hedschas-Eisenbahn innerhalb von sechs Monaten einer mohammedanischen Macht zurückgeben, andernfalls die Angelegenheit vor den Völkern gebracht werden soll. Sollte die Anrufung des Völkerbundes ergebnislos bleiben, so würden die Mohammedaner gezwungen sein, einen Boykott sämtlicher europäischer Waren durchzuführen.



## Frankfurt a. M.

Wohl tun bringt Zinsen! Es hat alles seine zwei Seiten, auch die Wohltätigkeit der bürgerlichen Gesellschaft. Erst zieht man dem Arbeitslosen fünf Mark aus der Tasche — weil Deutschland so arm ist, daß es seine Minister und Oberbürgermeister bald nicht mehr ernähren kann — und dann schenkt man dem Arbeitslosen 10 Pfennige und ein Hemd, das im Jahre 1870 recht stattlich aussah. Das Ganze nennt man Wohltätigkeit. Selbstverständlich wird diese „gute Tat“ durch alle Zeitungen geschleift, damit alle Welt weiß: in Deutschland wohnen anständige und humane Kapitalisten, die lassen ihre Arbeitslosen nicht auf einmal verrecken, sondern mit Unterbrechungen. Seht, wie geschäftig diese Philanthropen auf den öffentlichen Bettel ziehen. Überall männliche und weibliche Wohlfahrtsstatten, die den Fechtkünstlern von der Landstraße und der Heilsarmee erbitterte und erfolgreiche Konkurrenz machen. Alles, was demnächst dem Althändler zugeflossen wäre, wird nun zu einem praktischen Beweis heroischer Menschenliebe. Und wenn dann ein Arbeitsloser Glück hat, erwischt er einen Mantel, in dem er mit seiner ganzen Familie auf einmal spazieren gehen kann, oder eine Hose, die zwei Wochen lang allen inneren und äußeren Anfechtungen energischen Widerstand leistet. Ja, ja, man tut heute soviel für die Arbeitslosen. Denken Sie etwa, vor dem Krieg hätte es eine so vorzüglich funktionierende soziale Fürsorge gegeben wie heute. Heute kriegt ein Arbeitsloser zwei Teller Suppe für 10 Pfennig. Zwar gucken mehr Augen in diese Suppen hinein als heraus. Aber das macht nichts. Die Arbeitslosen können immer noch eine Zeitlang in ihrem eigenen Fett schwimmen. Arderen Leuten geht es bedeutend schlechter als den Arbeitslosen. Man denke nur an die notleidenden Agrarier. Die Leute litten selbst in besseren Zeiten Not. Oder man denke an die armen Fabrikanten, deren Kredit und guter Humor eingefroren ist. Was haben diese Leute für Sorgen; davon macht sich ein Arbeitsloser keinen Begriff. Ein Arbeitsloser hat es im Verhältnis zu diesen Leuten recht angenehm. Bis mittags 12 Uhr kann er im Bett liegen bleiben. Nachmittags kann er in einer Wärmehalle sein Domizil aufschlagen und mit behördlicher Genehmigung über die beste Möglichkeit einer Belabung unserer Wirtschaft nachdenken. Außerdem erhält heute ein Arbeitsloser pro Zentner Kartoffeln 0,30 RM. Nachlaß und kann für 0,20 RM. ins Kino gehen. Ist damit nicht die soziale Frage gelöst? Zwar hört man hier und da das Gerücht, die Tuberkulose nehme infolge schlechter Ernährung zu. Aber was hat das mit der sozialen Fürsorge zu tun? Die Leute sollen Sport treiben und Gymnastik! Das setzt Muskeln an und stärkt Herz und Lunge. Es ist die beste vorbeugende Maßregel gegen alle Infektionskrankheiten. Wenn die Arbeitslosen nur Geduld und Spucke haben, dann wird es mit Gottes Hilfe und mit Hilfe der sozialen Fürsorge gelingen, das Volk herrlichen Zeiten entgegenzuführen.

Kohlenferien für die Schulkinder? Wie ein hiesiges Blatt mitteilt, sollen die preußischen Schulen in der Zeit vom Januar bis Februar 1932 Kohlenferien erhalten. Na, das fehlt gerade noch. Die an sich nicht sonderlich lukullische Mittagspeisung für die Proleten-kinder hat man gerade mit einer Notverordnung bedacht. Und jetzt will man dem proletarischen Kind auch noch Kohlenferien geben. 4-6 Wochen Ferien im strengsten Winter, keine Kohlen zu Hause, nichts Gescheites zu essen. Wie mögen sich da die Kinder freuen. Ganz besonders fromme Göhren werden bestimmt die Preußenregierung, die diesen „Fort-schritt“ auf dem Gewissen hat, in ihr Gebet einschließen.

## Karlsruhe

Schöpflin „kämpft“. Pfarrer Eckert ist von seiner Rußlandreise zurückgekehrt und hat in einer Reihe von Versammlungen in Baden über seine Eindrücke von der Sowjet-union berichtet. Die Versammlungen waren stets überfüllt. Am 13. Dezember spricht Eckert auf dem Einheitskongreß in Mannheim, wozu aus allen politischen und kulturellen Arbeiterorganisationen der sozialistischen Bewegung in Baden Delegierte entsandt werden. So wählte auch der Arbeiter-Turn- und Sportverein in Offenburg einstimmig (Kom-munisten und Sozialdemokraten) einen Sport-genossen als Delegierten. In der kommunistischen „Arbeiterzeitung“ in Mannheim war diese Tatsache begrüßend erwähnt und der Schlusatz hinzugefügt worden: „Der Dele-gierte ist ein langjähriges Mitglied der SPD.“ Das war dem sozialdemokratischen „Volks-freund“ in Karlsruhe sichtlich unangenehm, und er behauptet nun in seiner Ausgabe vom 1. Dezember, daß sich bei seinen Nach-forschungen nach der Persönlichkeit des „so-genannten Delegierten“ ergeben habe: „Der Genannte ist noch nie Arbeiter gewesen und hat noch nie der SPD angehört. Er ist lediglich Kunstmaler und ein Sohn eines prominenten Parteigenossen. Auch ist von ihm bekannt, daß er auch Zutritt hat zu Kreisen, die nichts weniger als proletarisch sind.“ Der „Volksfreund“ bezeichnet daher die Notiz der kommunistischen Zeitung als einen Schwindel. Wie steht es nun mit dem delegierten Sportgenossen? Er ist der Sohn des alten Kämpfers und einstigen Führers der badischen Unabhängigen Sozialisten Adolf Geck, zu dessen Verleumdung der „Volks-freund“ in der Kriegs- und Nachkriegszeit stets gern seine Spalten zur Verfügung stellte und in dem er nun mit einmalem einen „pro-minenten Genossen“ sehen will. Sein Schw- war vor dem Krieg Glasmaler und dann Deko-rationsmaler in München und nach dem Krieg in der USP, die er verließ, als sie in Nürn-berg ihre Unabhängigkeit verlor. Der SPD und den Gewerkschaften gehörte er vor dem Krieg schon an, wenn auch nur kurz, und

## Seydewitz und Ziegler in Frankfurt a. M.

### Es geht vorwärts!

Die Parole der Einheitsfront wird im Frankfurter Bezirk von den Massen freudig bejaht. Unsere Redner stoßen auf stürmische Zustimmung, wenn sie die Notwendigkeit eines Zusammengehens aller sozialistischen Parteien betonen. Der Faschismus steht vor den Toren — schließt die Reihen! Das ist die Losung, die wir in unseren Versammlungen ausgeben.

Die offiziellen Vertreter der KPD wollen von derartigen Parolen nichts wissen. Ihre Darlegungen gipfeln in der Forderung der Einheitsfront unter kommunistischer Führung. Es ist ganz offensichtlich, daß sie ihre eigene Parteipuppe kochen wollen. Das beweist u. a. auch ihr unsachliches und unkameradschaftliches Verhalten in unseren Versammlungen. Sie legen alles darauf an, unsere Versammlungen zu stören. Ihnen ist es noch nicht um Einheitsaktionen zu tun.

Dennoch gewinnt unsere Auffassung unter der Frankfurter Arbeiterschaft mehr und mehr an Boden.

Max Seydewitz sprach im stark besetzten Saal des Volksbildungshauses. Stürmischer Beifall begrüßte ihn beim Betreten des Podiums, und starker Beifall dankte ihm, als er geendet hatte. Er schilderte die politische und ökonomische Situation, wandte sich gegen die der Arbeiterschaft schädliche Haltung der Sozialdemokratischen Partei und den Parteigoismus der KPD und forderte eine einheitliche Front der Arbeiterklasse, die allein die drohende Gefahr des Faschismus abwenden und durch Verwirklichung des Sozialismus aus der Krise herausführen kann. Diese einheitliche Front zu schaffen, habe sich die SAP zum Ziel gesetzt.

In der Debatte, die recht lebhaft verlief, äußerten sich alle Redner mit Ausnahme des

Redners der Kommunistischen Partei zustimmend zu den grundlegenden Auffassungen des Genossen Seydewitz.

#### Genosse Ziegler

sprach in Frankfurt a. M.-Nied. Der Saal war dicht besetzt. Die Kommunisten bildeten eine starke Minderheit. Sie versuchten beständig, die Versammlung durch unqualifizierte Zwischenrufe zu terrorisieren, stießen dabei aber auf den Unwillen der Mehrheit der Versammlung. „Draußen vor dem Saal stand eine dichte Schupokette, jederzeit bereit, den uneinigen Klassengenossen praktisch die Notwendigkeit eines geeinten Vormarsches zu demonstrieren. Zu Zwischenfällen kam es dank der disziplinierten Haltung unserer Anhänger nicht.“

Genosse Ziegler zeigte die Mißstände der kapitalistischen Wirtschaft auf und wandte sich besonders den Gewerkschaftsfragen zu. Es sei nicht wahr, wenn die Kommunisten erklärten, sie könnten in den Gewerkschaften nicht arbeiten. Als seinerzeit die Kommunisten schon beträchtlichen Einfluß in den Gewerkschaften gewonnen hatten, kam der Befehl: Raus aus den Gewerkschaften! Die kommunistischen Genossen, die diese Order nicht befolgten, flogen aus der Partei. Die Mehrheit der Versammlung gab durch ostentativen Beifall ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Genossen Ziegler kund.

Die kommunistischen Debatter ritten ihr Paradeferd: Einheitsfront unter kommunistischer Führung.

Im Schlußwort zeigte der Genosse Ziegler, daß die Parole Einheitsfront unter kommunistischer Führung einem Verzicht auf die Einheitsfront gleichkommt.

## Von der SPD zur SAP

Aus Oberursel im Taunus berichtet man uns:

Der bis jetzt im Stadtteil Bommersheim aus 38 Mitgliedern bestehende Wahlverein der SPD beschloß in seiner letzten Mitgliederversammlung am 5. Dezember mit Zweidrittel-Mehrheit den Uebertritt zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Der Stadtverordnete Genosse Schwinn ist unter den Uebergetretenen. Somit ist unsere Partei im Stadtparlament mit einem Vertreter vertreten.

Die Tolerierungspolitik der SPD rüttelt immer größere Massen auf, und Unzufriedenheit erfaßt die im Berufsleben stehenden Arbeiterschichten immer mehr. Genosse Karm-roth, bisheriger Vorsitzender des Wahlvereins der SPD, schilderte, wie er schon seit Wochen und Monaten innerlich mit der SPD gebrochen habe. Zum Uebertritt zur KPD konnte er sich wegen deren Stellungnahme zur Gewerkschaftsbewegung nicht entschließen. In der Sozialistischen

Arbeiterpartei erblickt er diejenige Partei, welche berufen ist, die Interessen der Werk-tätigen zu wahren.

Nun gilt es, die neue Ortsgruppe Bommersheim auszubauen, sie schlagfertig zu gestalten, damit sie ihrer Aufgabe, für die Einheit der Arbeiterklasse zu wirken, gerecht werden kann.

In Oberursel hat die Gründung der SAP die „Größen“ der SPD auf den Plan gerufen. Sie müßten nun Verfechter der Einheitsfront. Das Fernbleiben von der Portune-Versammlung paßt schlecht zu ihren Worten. Die Arbeiterschaft tut gut daran, diesen Führern ihr besonderes Augenmerk zu schenken. Die Zeiten müssen endgültig vorbei sein, in der die Arbeiter nur zur Demokratie erzogen werden. Dem rücksichtslosen Ausbeuterwillen des gesamten Unternehmertums muß ein geschlossener Wille der Arbeiterklasse zum revolutionären Klassenkampf entgegen gesetzt werden!

darin beruht die einzige Unrichtigkeit, nicht Unwahrheit der kommunistischen Zeitungs-notiz. Nach dem Krieg ermöglichten ihm seine Eltern das Studium der Malerei, und in der Ausübung dieses Berufes, der heute mehr als ein anderer geistiger Beruf ein proletarisches Dasein mit sich bringt, fand er auch die Unterstützung aus Kreisen seiner bürgerlichen Freunde. Es konnte angesichts dieser Tatsachen nur dem Organ Georg Schöpfkins vorbehalten bleiben, eine solch erbärmliche, unmarxistische Ansicht zu verbreiten, daß der junge Genosse, der noch immer seine künst-lerische Kultur in den Dienst der proletarischen Organisationen an seinem Heimatort gestellt hatte, noch nie Arbeiter gewesen sei. Die schmutzige Absicht, die aus dieser Behauptung spricht, ist ein beredtes Beispiel für den „Sozialismus“ der SPD. Die badischen Proletarier sind für dieses Seelenbekenntnis dankbar!

## Düsseldorf

Die Jugendgruppe der „Gemeinschaft prol. Freidenker“ fordert alle proletarischen Jugendorganisationen Düsseldorfs auf, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen. Zweck der Arbeitsgemeinschaft ist gemeinsame Führung des antiklerikalen und antireligiösen Kampfes, Kampf gegen soziale und Schulreaktion und gemeinsame Aktionen im Kampf um den Sozialismus. Die erste gemeinschaftliche Zusammenkunft soll am Mit-twoch, 16. Dezember, im Lokal Kemper (Ecke Friedrich- und Bachstraße) stattfinden. Alle proletarischen Jugendorganisationen werden eingeladen, je 2 Vertreter zu entsenden.

## Wischerhöfen

„Heraus aus der Wirtschaftskrise.“ Unter diesem Motto fand am Sonntag eine öffent-liche Reichshannerversammlung in Herringen statt. Der Referent Meier gab sich redliche Mühe, in 1½ stündigem Referat die Tolerie-rungspolitik der SPD zu rechtfertigen, sogar Karl Marx und Rosa Luxemburg mußten herhalten, um an der „revolutionären Einstellung“ des Referenten und der SPD ja keine Zweifel aufkommen zu lassen. Allerdings konnten diese Zitate die erschienenen 400 Arbeiter auch nicht überzeugen, die Politik der SPD steht zu sehr im Widerspruch zu den Auffassungen dieser Vorkämpfer der Arbeiterbewegung. Zahlreiche Zwischenrufe bewiesen, daß die Arbeiter die Reichsbannerrede nicht ernst nah-men. Beim Schlußwort blieb der Referent mit einer erschienenen Schutzgarde allein im Saale

sitzen; die Arbeiter verließen demonstrativ den Raum. Immer mehr rücken die Arbeiter von der republikanischen Reklametrömel ab und schließen sich in der SAP zur wahren anti-faschistischen Kampffront zusammen.

## Osnabrück

Fahrlässigkeit der Polizei im Fall Brink-mann. Der am Dienstag herausgekommene amtliche Polizeibericht läßt erkennen, wie oberflächlich, ja geradezu fahrlässig die Un-tersuchungen in dem von der Polizei ohne Anhalt als „Mordversuch“ bezeichneten Fall Brinkmann geführt werden und wie einseitig die so sehr als Stütze der Republik gegen den Faschismus gepriesene preussische Severing-polizei verfahren ist. Dieser für die Osnabrücker Polizei geradezu beschämende Fall gibt recht eindeutig Antwort auf die Frage: Wo steht die preussische Polizei? Sie steht den Nazis näher als allen den bestehenden Staat erhaltenden Parteien, als der republika-nischen SPD, dem Reichsbanner, überhaupt nicht zu reden von der Arbeiterschaft. Der Fall sollte der Osnabrücker Arbeiterschaft einmal gründlich die Augen darüber öffnen, ob es angesichts dieser Haltung unserer Poli-zei noch Sinn und Zweck hat, ihrerwegen noch eine Konzessionspolitik auf Kosten der Arbeiterschaft zu treiben, wie das die SPD heute immer noch tut. In der SPD ist eine entschlossene und entschiedene Front gegen derartige Polizeiaktionen nicht möglich; sie ist nur möglich in den Reihen der SAP, die sich mit Entschiedenheit gegen diesen ein-seitigen Polizeiterror wendet. Wir stellen fest, daß die Ortspolizei in kaum wieder gut zu machender Weise die Untersuchung durch-geführt hat. Brinkmann soll als Raufbold be-kannt sein, er soll, wie wir hören, aber nicht zuverlässig wissen, vorbestraft sein. Trotz-dem hat die Polizei seinen Aussagen ganz einseitig Glauben geschenkt und bei poli-tischen Gegnern der Nazis, bei Reichsbanner und Kommunisten, nach den Schuldigen ge-sucht. Die Polizei ist zu Arbeitern in die Häuser gegangen, um sie zum Verhör zu schleppen. Sie hat in keiner Weise nach an-deren als politischen Motiven gesucht, ob-wohl der berüchtigte Sturmführer bereits des öfteren Raufhändler wegen eines Mädchens ge-habt haben soll. Hätte die Polizei eine gründ-liche Untersuchung des Falles vorgenommen, dann hätte es nicht passieren können, daß der Revolver von der Nacht bis zum andern Nach-mittag um vier Uhr, also über 14 Stunden, in einem Kellerloch direkt neben dem Gast-

## SAP-Bezirk Frankfurt-Hessen

Die Fragebogen über den Mitgliederbestand sind von den Ortsgruppen sofort ausgefüllt an das Bezirksbüro zu senden.

haus Larberg, wo Brinkmann der Unglücks-fall zustieß, von den Spähern der sonst so eifrigen und besonders von der SPD-Presse als tüchtig gepriesenen Polizei nicht gefunden wurde. Es hätte weiterhin nicht passieren können, daß ein SA-Kamerad des Brinkmann diesen Revolver, „mit Hilfe einer Mittelperson“, wie es im amtlichen Polizeibericht so schön zugegeben wird, am helllichten Nach-mittag an sich brachte und verbarg. Trotz-dem die Polizei die Erfahrung haben sollte, daß es bei den Nazis eine der bekanntesten Methoden ist, derartige Fälle zu verdunkeln, hat es auch passieren können, daß der be-treffende SA-Kamerad dem im Krankenhaus liegenden Brinkmann die Mitteilung hat zu-kommen lassen, daß der Revolver vorbeigeh-ten sei, damit Brinkmann bei seiner absichtlichen Irreführung d. i. Polizei hat bleiben können. Diese Tatsachen sind geeignet, das Vertrauen der Arbeiterschaft in die Severingpolizei auf das schwerste zu erschüttern; sie zeigen ein-mal deutlich, wie einseitig die Untersuchungen geführt werden und wie oberflächlich, wenn sie sich zuungunsten der Nazis auswirken können. Es mag darin keine Begünstigung der Polizei für die Nazis liegen; aber die Arbeiterschaft hat das Recht, zu fordern, daß die Polizei durch unzulängliche Untersuchungs-methoden und vor allem durch jeder Grund-lage entbehrende Berichte wie den von dem „Mordversuch“ wahrscheinlich durch politische Gegner nicht einer derartigen Verhetzung gegen die politische links stehende Arbeiter-schaft Vorschub leistet, wie das hier geschehen ist. Der letzte Polizeibericht stellt weiterhin fest, daß der Naziführer Brinkmann die ir-rührenden und falschen Angaben vor dem zuständigen Amtsrichter unter Eid wiederholt hat. Wir — und das ist eine Forderung der gesamten Osnabrücker klassenbewußten Ar-beiterschaft — verlangen, daß erstens gegen Brinkmann ein Strafverfahren wegen eines bewußt begangenen Meineides angestrengt wird, daß er wegen unbefugten Waffen-besitzes, wegen bewußter Irreführung der Öffentlichkeit und der Polizei, wegen Ver-dunkelung und wegen Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, dadurch, daß er einer unverantwortlichen politischen Verhetzung Nahrung gegeben hat, zur Verantwortung ge-zogen wird; daß außerdem der Helfershelfer in der Verdunkelung und zu dem Meined ebenfalls zur Rechenschaft gezogen wird; Es ist weiter zu fordern, daß die die Un-tersuchung führenden und dafür verantwort-lichen Stellen zur Rechenschaft und Verant-wortung gezogen werden. Geschieht das letztere nicht, dann muß man sich bei der Polizeibehörde nicht wundern, wenn sie nicht das Vertrauen der Osnabrücker Arbeiterschaft genießt. Es ist an der Zeit, daß die klassen-bewußte Arbeiterschaft gründlich gegen den Naziterror Front macht, daß sie sich politisch aktiviert. Das kann sie nur in der Reihen der proletarischen Klassenkampfpartei, der SAP.

## Königsberg

Die Mitgliederversammlung des Monats No-venber fanden unter dem Zeichen des lang-samen aber sicheren Aufbaus der hiesigen Ortsgruppe der SAP. Rege Werbearbeit, deren Erfolg auch im Mitgliederzuwachs zu sehen war, und intensive Mitarbeit aller Mit-glieder standen im Vordergrund unserer Tätig-keit. Besonders das Aktionsprogramm war Gegenstand einer sehr ausgiebigen Diskussion. Die Ortsgruppe wird ihre kritische Stellung-nahme dazu nach restlosem Abschluß der Be-ratungen dem Hauptvorstand und dem kom-menden Parteitag unterbreiten. Mit besonde-rem Interesse wurden des weiteren die politi-schen Ereignisse an Hand allwöchentlich kur-zer, übersichtlicher Referate erörtert. Dann kam es zur Gründung eines Referenten-schulungskurses, der im Monat Dezember seine Tätigkeit aufnimmt. Auch bezüglich Gründung eines Schutzbundes ist die Königsberger Gruppe bemüht, in aller Kürze die nötigen Vorarbeiten erledigt zu haben. Während die Novemberarbeit unter dem Zeichen der ruh-igen, sachlichen Aufbauarbeit stand, begann die erste Mitgliederversammlung des Dezem-bers mit einer heftigen Auseinandersetzung mit hiesigen Kommunisten, die alle Vorkehrun-gen getroffen hatten, um aus unserer Ver-sammlung für sich parteipolitisches Kapital zu schlagen. Ueber die 1½stündigen Ausführungen des Kommunistenführers, der besonders scharfe Attacken gegen die Genossen Rosenfeld und Seydewitz ritt, zu berichten, wäre nutzlose Zeitvergeudung. Jedenfalls sagten mehrere SAP-Mitglieder diesem Wortführer der KPD gehörig Bescheid und sehen mit Ruhe, dem schon jetzt angekündigten Kommunistenbesuch in doppelter Zahl, wie versprochen war, ent-gegen. Zum Schluß machen wir nochmals auf die im Januar stattfindende öffentliche Ver-sammlung, in der der Genosse Rosenfeld vom Hauptvorstand sprechen wird, aufmerksam und bitten ferner bei Anfragen oder Anmeldungen zwecks Mitgliedschaft in unserer Ortsgruppe die Adressen der Genossen A. Bal, Kranzer-alle 74a, und D. a. Will, Sackheim 84, III, zu benutzen. Wohnsitz beider Genossen ist Kö-nigsberg-Pr.

## Werbt für die SAZ



## Der Mediziner / Von Adam Heller

Jawohl, sagte Max, als die Hebamme fort war und wir uns mit einer schönen Krug Steinwein in der Laube beim Holunderbaum niedergelassen hatten, jawohl: der Ring hat sich geschlossen. Ich bin ziemlich genau das, was bei den Ostjaken oder Samojeden, von denen du herkommst, der Mediziner ist. Nur stehen wir hier, wenn ich so sagen darf, eine Spirale höher. Wir wissen manche Dinge, die unsere Vorfahren bloß geahnt haben. Wir handeln aus bewußter Ueberlegung, wo der Wilde seinem Instinkt folgt. Wir haben eine Technik anstatt einer Geheimlehre. Aber auch wir sind ein wenig Magier: wir bedienen uns des Zaubers, der in Wort und Form liegt. Und auch wir huldigen vielleicht noch manchem Aberglauben, über den spätere Geschlechter lächeln werden; oder nehmen für Aberglauben, was der nächsten geistigen Etappe schon Wissenschaft heißen wird.

Wenn man so lange aus der Heimat fort war wie du, dann ist es begreiflich, daß man nicht mehr ganz auf dem Laufenden ist. Was bist du eigentlich damals ausgereist? 1937? Freilich, damals gab es noch die Pfarrer vom alten Schlag. Ich hatte kurz vorher mein zweites Examen gemacht und amtierte als Vikar in Hedelfingen. In nicht gerade glänzender innerer Verfassung, denn das berufsmäßige Lügen nimmt die Nerven ekelhaft mit und ist nicht jedermanns Sache. Da ich eine Tante beerben konnte, bekam ich ein wenig Kapital auf die Hand. Ich quittierte kurz entschlossen den Pfarrdienst, zog meinen Talar aus und ging wieder als Student nach Tübingen, diesmal als Mediziner. Es waren herbe Jahre, denn ich war schon ein älteres Haus und mußte manchmal trocken Brot essen. Aber ich konnte anständigen Menschen wieder frei ins Auge sehen; und dann zeigte es sich bald, daß mich mein guter Genius gelehrt hatte.

Im Jahre 1945 — ich glaube, wir hatten ein Kabinett Eckert, der Mann war einmal badischer Pfarrer gewesen — beschloß die Volksvertretung nach türkischem Vorbild die Trennung von Staat und Kirche. Du wirst dir kaum vorstellen können, was das damals für eine Katastrophe absetzte. Die Gemeinden sollten ihre Pfarrer von jetzt an selber anstellen und bezahlen. Da sah man nun, wie wenig lebendiger Inhalt mehr in der alten kirchlichen Form enthalten war. Mit wenigen Ausnahmen schlief, wenigstens in den protestantischen Gegenden, der kirchliche Betrieb einfach ein. Die Leute behaupteten, daß sie den Schwindel sowieso satt hätten, daß sie kein Geld für zweifelhafte Sachen übrig hätten, oder aber: daß man das, was seit der Pfarrer geleistet hätte, auch billiger haben könne. Der alte protestantische Gedanke des allgemeinen Priestertums feierte eine seltsame Auferstehung. Schulheißer, Gemeinderäte, vor allem Lehrer übernahmen im Nebenamt, unentgeltlich oder gegen eine bescheidene Dotation, die bisher pfarramtlichen Funktionen. Begraben die Toten, taufte die Kinder, hielten Reden bei Schulentlassungen und Hochzeitsfeiern, und bald

auch regelmäßige Erbauungsvorträge. Umsonst machte die Kirche ihre Ansprüche auf die kirchlichen Gebäude, Friedhöfe, Pfarrhäuser, Pfarrgärten geltend. Vielfach wurden die Räume von den Wohnungsämtern beschlagnahmt oder von der bürgerlichen Gemeinde unter mehr oder weniger legalen Formen säkularisiert. In besonders gottlosen Gauen gab es eine Zeitlang Kirchen, die als Scheuern und Ställe verwendet wurden. Pfarrhäuser wurden in Schulen, in Krankenhäuser, ja in Wirtshäuser umgewandelt, nachdem ihre einstigen Inhaber den Platz geräumt hatten.

Die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche, eine verdammt mühselige Arbeit, war noch nicht zu Ende, als im Jahre 1948 die berühmte Lex Frohmaier herauskam, die mit einem Schlag an Stelle des eingerissenen chaotischen Durcheinanders eine neue Ordnung heraufführte und die Grundlage unseres heutigen Zustandes und damit auch meines hiesigen Amtes bildet. Dieses Gesetz bestimmt, daß für jede Gemeinde bis zu 2000 Einwohnern und in größeren Orten auf je ebensoviele Köpfe ein psychoanalytisch ausgebildeter Arzt zu bestellen ist, der sein festes Gehalt als Staatsbeamter bezieht und dafür seinen Sprengel unentgeltlich zu behandeln hat. Jetzt wurden die Ärzte das, was vorher die Pfarrer gewesen waren.

Der ärztliche Beruf war bis dahin, wie du dich erinnern wirst, sogenannter „freier Beruf“ gewesen. Allerdings nur dem Namen nach. Krankenkassen und ärztliche Standesorganisation hatten längst dafür gesorgt, daß, wenigstens für den breiten Durchschnitt der Ärzte, aus der Freiheit weitgehende Gebundenheit geworden war. Diese wurde der „Freiheit“, d. h. der unsicheren Existenz, zwar von vielen vorgezogen. Aber das Kassenwesen mit seinem bürokratischen Apparat war doch eine Halbheit, ein Zwitterzustand, der auf die Dauer nicht bleiben konnte. Man mußte den Schritt einmal zu Ende machen: zur beitragslosen Krankenversicherung, d. h. unentgeltlichen ärztlichen Behandlung jedes einzelnen als eines Stückes des jedem Volksgenossen zu garantierenden Existenzminimums, und damit zur öffentlichen Bestallung von Gemeindeärzten. Die Vorteile dieser Lösung liegen auf der Hand; ihre Nachteile fallen dagegen nicht ins Gewicht. Fast alle, die anfangs zweifelten, sind heute belehrt: durch den Nachweis des gehobenen durchschnittlichen Gesundheitszustandes, durch die unwiderlegliche Sprache der gesunkenen Sterblichkeitskurve.

Stelle dir vor: der frühere Arzt hatte ja kein Interesse an der Gesundheit seiner Mitbürger. Im Gegenteil: wenn diese sich als allzu robust erwies, wenn lange Zeit keine Seuche auftrat, wenn die Leute bloß an der Altersschwäche starben, dann mochte er zusehen, wo er mit Frau und Kindern hinkam. Wogegen zum Beispiel so eine richtige ausgedehnte Grippe-Epidemie im Frühjahr ein wahrer Segen für seinen Geldbeutel war. Denn jeder Kranke weiter war doch ein Kunde weiter, an dem viel oder wenig, aber jedenfalls etwas verdient war. Heutzutage, beim beamteten Arzt, liegt der Fall umgekehrt. Er

hat dasselbe Gehalt, ob viel oder wenig Krankheitsfälle vorkommen. Jeder Kranke weiter vermehrt seine Arbeitslast, ohne seinen Verdienst zu steigern. Dazu kommt ein geradezu raffiniert kluger Zusatz, der auf Antrag des Abgeordneten Kazenwadel damals der Lex Frohmaier beigelegt ist, um einer von manchen Seiten befürchteten gewissen beruflichen Leichtfertigkeit entgegenzuwirken (der übrigens schon mit der Wählbarkeit bzw. Absetzbarkeit der Gemeindeärzte durch Volksabstimmung vorgebeugt ist): jeder Amtsarzt ist verpflichtet, bei sämtlichen Todesfällen in seinem Bezirk die Leichenrede zu halten. Je weniger Todesfälle also und je weniger Krankheitsfälle passieren, desto leichter und angenehmer haben wir Ärzte es heute. Und wir tun deshalb alles Mögliche, um die Gesundheit unserer Gemeinden zu festigen. Wir bemühen uns, vorzubeugen statt zu heilen. Dreiviertel aller Krankheiten beruhen früher auf schlechter Wohnung, falscher Kleidung, falscher Ernährung. So unausrottbar es einst schien, — heute gibt es das alles kaum mehr.

Gleichzeitig hat sich unser Stand mächtig gehoben. Wir sind, ohne Uebertreibung, heute der wichtigste und geachtetste Beruf im Staat. Wir sind die wahren Pastoren, die Hirten unseres Volkes. Daß wir nach und nach die tatsächlichen Erben unserer ehemaligen „geistlichen“ Vorgänger geworden sind, hat mehrere Gründe, äußere und innere. Wir haben fast durchweg die ehemaligen Pfarrhäuser bezogen. Wir waren durch das Amendement Kazenwadel von vornherein verpflichtet, bei den Bestattungen zu sprechen. Die psychoanalytische Praxis, die wir alle von amtswege ausüben, ist nichts anderes als die Wiederaufnahme des von der Reformation seinerzeit törichterweise abgeschafften, für die seelische Gesundheit so überaus wichtigen Institutes der Ohrenbeichte. Daß der Herr Pfarrer sich früher Seelsorger nannte, war eine Phrase, nichts weiter; wir sind das wieder in Wirklichkeit. Ganz von selber ist es allmählich so gekommen, daß wir auch bei den Geburts- und Mannbarkeitsfesten — Trauungen im alten Sinn gibt es fast keine mehr — leitend mitwirken. Und schließlich haben die meisten von uns auch die Abhaltung der sonntäglichen Morgenfeiern auf sich genommen, ohne daß wir bis jetzt gesetzlich dazu verpflichtet wären. Neuerdings pflegen die Studenten der Medizin im Hinblick auf diese künftige Aufgabe sich bereits nebenher etwas mit Musik, Philosophie und Redekunst abzugeben. Mit Theologie, wie sich jene sonderbare Pseudowissenschaft ehemals nannte, hat das natürlich so gut wie nichts zu tun.

Mein Freund hatte geendet, das Abendrot schien in die Neige unserer Gläser, und eben begann das Abendglöcklein zu läuten. Wir tranken den letzten Schluck auf meinen Freund im fernen Osten, den weisen Mediziner Li-Tai-Po. Und da kam auch schon die Hebamme durch den alten Pfarrgarten auf uns zu. Guten Abend, Herr — Pfarrer, sagte sie, Kommen Sie bitte gleich mit ihren Instrumenten, es ist so weit.

Zeitung die kleine Notiz über ihren „Fall“, in der ihr ein Satz besonders zu denken gibt: „Die Untersuchung ergab, daß die Kinder die Diebstähle nicht aus wirtschaftlicher Not, sondern mehr aus Eitelkeit betrieben“.

Darüber denkt sie noch lange nach. „Darf denn — so fragt sie sich — „ein Mädel, dessen Vater kein großes Bankkonto besitzt, nicht auch ein bißchen eitel sein und nett aussehen wollen?“  
Eva Berg.

## Kleines Feuilleton

Salome — international

Eine junge Mohammedanerin hat kürzlich als Salome in der Oper von Richard Strauß einen durchschlagenden Erfolg gehabt: ein Fräulein Nuri Habjitsch, eine junge Bosnierin mohammedanischen Glaubens, die aus dem Auslande in die Heimat zurückgekehrt war, um in der Erstaufführung in Belgrad die Rolle der Tochter der Herodias zu übernehmen. Die Aufführung trug im übrigen ein ausgesprochen internationales Gepräge: die Oper, deren Musik ein Deutscher schrieb, und deren Text das Drama eines Engländers lieferte, die Salome, von einer bosnischen Mohammedanerin verkörpert, der Herodes von einem Polen, der Jochanaan von einem Russen und die zweite männliche Partie von einem Serben gesungen. Der Regisseur war ein Kroat und der Dirigent ein Slowake.

Das Ende der Mumien.

Die ägyptische Regierung hat eine Verordnung erlassen, nach der sämtliche Mumien der ägyptischen Pharaonen und anderer Angehöriger der altägyptischen Königsfamilie aus den Glasschreinen des Museums in Kairo entfernt und in der Grabstätte von Zaglul Pascha beigesetzt werden sollen. Eine große englische Zeitung äußert sich hierzu in dem Sinne, daß es dem größten Teil der englischen Besucher nur angenehm sein könne, diese „scheußlichsten Sehenswürdigkeiten der ganzen Welt“ nicht mehr zu sehen.

3000 Aufnahmen in der Sekunde

Hueguenard und Magnan konstruierten nach der „Cinema Review“ einen kinematographischen Aufnahmeapparat, mit dem man in der Sekunde 2000 bis 3000 Aufnahmen machen kann. Zum Vergleich: normalerweise werden 24 Aufnahmen in der Sekunde gemacht. Der Film wird nach dem neuen Verfahren in eine Anzahl von Streifen unterteilt und jeder in blitzschnellem Nacheinander von einem besonderen Objektiv belichtet. Die Konstrukteure hoffen, in Bälde die Aufnahmegewindigkeit auf 10 000 Aufnahmen in der Sekunde zu steigern und so etwa den Insektenflug in seinen genauesten Einzelheiten festhalten zu können.

Die einzige Zeitung Grönlands

Die „Atuagollitit“, die einzige Zeitung Grönlands, erscheint in einer Auflage von kaum 500 Exemplaren. Diese geringe Zahl erklärt sich daraus, daß die Eskimos — in deren Sprache die Zeitung verfaßt ist — noch vielfach Analphabeten sind. Die Zeitung wird völlig kostenlos an die Leser abgegeben. Für die Kosten der Herstellung kommt der Staatsschatz von Grönland auf, so daß eigentlich jeder Grönländer, ob er nun lesen kann oder nicht, seine Zeitung selber bezahlt.

Eine Miliz gegen Wölfe

In Ost-Polen ist die bereits vor einiger Zeit aufgetretene Wolfsplage unerträglich geworden. Immer neue Rudel der Raubtiere kommen über die russische Grenze ins Land und richten — insbesondere in der Nähe des Landstädtchens Rakow — beträchtlichen Schaden an. Die Straßen sind von hungrigen Wölfen belagert, so daß ihr Befahren im offenen Gefährt zur Lebensgefahr geworden ist. Jetzt haben die Bauern eine gut ausgerüstete Miliz gegründet, um auf diese Weise die Wolfsplage abwenden zu können.

## Der einzige Kitt:

### die Bajonette

Jede Revolution ist monatelang im Herzen der Gesellschaft vorher gemacht gewesen, ehe sie unter Flintensalven ins Leben trat. . . . Ehe die Barrikaden nach außen in die Höhe steigen sollen, muß im Innern des Bürgers lang zuvor der Abgrund gegraben sein, der die Regierungsform verschlingt, muß im Herzen der Gesellschaft die Ordnung der Dinge verflucht und verschworen sein.

Und weil sie dieses geschichtliche Gesetz nicht kennen, so rühmen sich diese Idioten, ein freies Volk bezwungen zu haben, und wollen gar noch durch den Scheinerfolg des Augenblicks ihr Recht erweisen? Seit dem November (1848) ist er zerrissen, der staatliche Kontrakt, gebrochen jedes Bündnis, in jedes Mannes Innern flammt der Haß; nichts Sittliches ist mehr in diesem Staatsverband! Die Bajonette sind sein einziger Kitt! . . . An einem schönen Frühlingsmorgen wird die Riesenfaust des Volkes ihre Bajonette geknickt haben, wie der Sturm ein Rohr knickt.

Lassalle („Assisenrede“).

## Kleine Mädchen stehlen . . .

Berlin. Rund um den Alexanderplatz. Kurz vor Weihnachten. Drei kleine Mädchen im Alter von zwölf und dreizehn Jahren gehen durch die hell erleuchteten Straßen, Schaufenster ansehend ist ihr größtes Vergnügen. Es gibt so herrliche Sachen zu sehen. Bunte Ketten aus Holz und Glas, Blumen aus Stoff und Seide, Bänder und Rüschen. Lucie findet sie herrlich. Lotte hat mehr Interesse für ernstere Gegenstände. Sie ist leidenschaftliche Zeichnerin. Die vielen bunten Stifte in den mattesten Pastellfarben und in hellster, glatter Tönung. Und die riesengroßen Radiergummi. Sie denkt an den Rot- und Blaustift, den sie dem Bruder abgebetelt hat, und an den winzigen Gummirest, der in ihrer Schublade liegt, wie ein Heiligum von ihr gehütet. Eben noch sprachen sie über ihre Schulaufgaben, denn sie gehen alle drei in die gleiche Klasse der Mädchenschule in der Wassertorstraße. Aber plötzlich sind alle Gedanken an die Schule verflogen. Hanne hat sich ein rotes Kleid zu Weihnachten gewünscht. Sie wird es sicher bekommen, die Mutter hat solche dunklen Andeutungen gemacht. Wie herrlich müßte diese Holzkette dazu aussehen. Sie macht Lucie darauf aufmerksam. Aber die hat mehr Interesse für die blaue Gaskette, die ihr altes Schulleid, das schon ein bißchen schäbig ist, wunderschön herausreißen könnte.

Und während sie noch von herrlichen Dingen schwärmen, sind sie, ohne es recht zu merken, schon in der Tür des Warenhauses, und ein paar Sekunden später stehen sie vor dem Tisch, auf dem sich unübersehbare Haufen mit diesen Herrlichkeiten auf türmen. Zum Ausschauen: Jedes Stück nur 75 Pfennig. Die kleinen Gesichtchen werden lang. 50 Pfennig

Taschengeld in der Woche. Davon müssen die Fahrten bezahlt und Geschenke zu Weihnachten gemacht werden. Ob man den Vater um Erhöhung bitten soll? Ausgeschlossen, meint Hanne. Gerade gestern hat sie gehört, daß der Vater von der neuen Verordnung, oder so ähnlich hieß das Wort, das man jetzt so oft hört, sprach, die sein Gehalt wieder um zehn Prozent kürzen werde. Und die Mutter hat ge-seufzt. Gerade jetzt zu Weihnachten! Ich weiß nicht mehr, woran ich sparen soll.

Lucie und Hanne sehen sich nach Lotte um. Sie haben sie im Gedränge verloren. Sie gehen zum Ausgang. Ohne Ketten, ohne Blumen, aber mit Kummer im Herzen. Wie nur die anderen Damen es machen mögen, die dort in dem Haufen herumwühlten und mit Kassenzetteln in der Hand abzogen? Gilt für alle die Verordnung nicht?

Während sie noch darüber nachdenken, stehen sie wieder auf dem Alexanderplatz. Dort, wo früher die Berolina gestanden hat, finden sie Lotte wieder. Sie macht ein so merkwürdiges Gesicht und spricht kein Wort. Plötzlich zieht sie die Freundinnen in einen halbdunklen Hausflur. Sie öffnet ihre kleine Handtasche und zieht ein Päckchen Pastellstifte und einen riesengroßen Radiergummi heraus. „Lotte, woher hast Du soviel Geld?“, fragen die beiden anderen gleichzeitig. Lotte schweigt einen Augenblick. Dann sagt sie es ganz leise: ihr Taschengeld ist schon seit vier Wochen eingezogen, der Vater kann es nicht mehr. Aber hier im Warenhaus — da hat gerade das Fräulein nicht hingeschaut . . .

Lucie und Hanne sind sehr nachdenklich geworden. Eigentlich hätte Lotte doch gestohlen. Aber schließlich: Sie zeichnet doch

so gern und so hübsch. Hannes Bruder hat einmal gesagt, sie habe wirklich Talent, man solle sie ausbilden lassen. Aber dazu hat der Vater kein Geld. Nächstes Jahr soll sie als Lehrling ins Warenhaus und soll Verkäuferin werden.

Gesprochen wird über den Fall nicht mehr. Alle drei schweigen; sie trennen sich bald und gehen nach Hause.

Aber am nächsten Tag sind Lucie und Hanne wieder im Warenhaus, und am übernächsten Tag trägt Hanne in der Schule eine rote Holzkette, und Lucies altes Kleid sieht durch die blauen Glasperlen wirklich aus wie neu.

Die andern Mädels staunen. Den ganz vertrauten erzählen die drei von dem, was geschehen ist. Und nun geht es beinahe jeden Tag so. Einzeln und in kleinen Trupps gehen die Mädels durch das Warenhaus, in dem es so herrliche Dinge gibt, die man sich niemals kaufen kann. Bald hat sich schon eine kleine Technik herausgebildet, mit „Schmierestehen“ und genauer Kenntnis der Tische, an denen die Angestellten besonders beschäftigt sind.

Aber nur ein paar Tage, dann werden die Verkäuferinnen aufmerksam, daß am Abend die Abrechnung nie stimmt. Und sie melden ihren Verdacht in dem großen roten Haus, gegenüber am Alexanderplatz. Da sieht plötzlich die kleine Grete mit den großen schwarzen Augen, daß eine Dame sie scharf beobachtet. Und noch ehe sie die Freundinnen darauf aufmerksam machen kann, ist es schon geschehen. Die Dame ist eine weibliche Kriminalbeamtin, die schon viel mehr weiß, als die kleinen Mädchen ahnen. Zwei von ihnen sind noch nicht gefaßt. Die stehen am nächsten Tag in dem großen roten Haus dort drüben am Alexanderplatz und melden sich freiwillig.

Es geschieht ihnen nichts. Sie werden nur verwahrt. Und Lotte liest am Abend in der



# Der tägliche Vormarsch

SPD-Ortsgruppe tritt geschlossen zur SAP über

Die aus 38 Mitgliedern bestehende Ortsgruppe Bommerheim-Oberursel am Taunus ist geschlossen zur SAP übergetreten. Der Beschluß erfolgte einstimmig und wurde vom Vorsitzenden mit der Tolerierungspolitik der SPD begründet, die für die Arbeiterschaft unerträglich geworden ist. Der Anschluß an die KPD wurde wegen ihrer Gewerkschaftspolitik abgelehnt.

## Ueber Preußen zur Diktatur?

TU. Turin, 8. Dezember.

Hitler hat dem Korrespondenten der Turiner „Gazetta del Popolo“ eine Unterredung gewährt, die auch von römischen Blättern in großer Aufmachung veröffentlicht wird.

Ueber

die Beziehungen zum Zentrum befragt, erklärte Hitler u. a.: Der deutsche Nationalsozialismus ist gezwungen, das katholische Zentrum ebenso zu bekämpfen, wie der italienische Faschismus sich der Popolari (ehemalige Katholische Volkspartei) entledigen mußte. Der Nationalsozialismus bekämpft nicht die katholische Kirche. Er sei keine religiöse, sondern eine politische Bewegung. Wenn der Katholizismus auf politischem Gebiet sich mit dem Zentrum identifiziert, so ist das nicht unsere Schuld.

Die Möglichkeiten einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich

berührte Hitler wie folgt: Die Annäherungsversuche müßten von Frankreich ausgehen. Sie werden aber stets fehlschlagen, solange Frankreich fortfahren wird, die 65 Millionen Deutschen als ein Volk zweiter Ordnung zu betrachten.

Die innerpolitische Entwicklung Deutschlands sieht Hitler wie folgt: Im nächsten Frühling werden wir die preußischen Landtagswahlen haben. Der nationalsozialistische Sieg wird erdrückend sein. Wir werden das Zentrum und die Sozialdemokratie hinwegfegen und in dem größten und wichtigsten Bundesstaat des Reiches für den Nationalsozialismus die Macht erobern.

## England in der Krise

2,8 Milliarden Fehlbetrag

London, 8. Dezember.

Der Fehlbetrag im englischen Haushalt hat sich nach dem Stand vom 5. Dezember auf 200 787 731 Pfund im Vergleich zu 153 267 665 Pfund vor einem Jahr erhöht. Die gesamten schwebenden Schulden stellen sich auf 720 700 000 Pfund, was gegenüber dem 31. März 1931 eine Zunahme von 126 375 000 Pfund bedeutet.

### Steigende Arbeitslosenziffern

Nach einer Mitteilung des Arbeitsministeriums beträgt die Zahl der Arbeitslosen am 30. November 2 622 027, das ist 6912 mehr als in der Vorwoche und 316 388 mehr als im Vorjahre.

## Vor neuen englisch-russischen Verhandlungen?

London, 8. Dezember.

Der Außenminister Sir John Simon hat den russischen Botschafter zu einer Unterredung gebeten, die am Mittwoch nachmittag stattfinden soll.

Die Regelung der Schulden und der Ansprüche englischer Staatsangehöriger gegen Rußland soll erörtert werden.

Sir John Simon hat sich zu diesem Schritt entschlossen, weil die Sowjetregierung bisher noch keine Antwort auf die Note gegeben hat, die der frühere Außenminister Henderson im vergangenen Jahre nach Moskau im Zusammenhang mit den Schuldenverhandlungen gesandt hatte. Man glaubt, daß Sir John Simon erneut die Einhaltung der früheren Verträge und insbesondere die Einstellung jeglicher bolschewistischer Propaganda in England fordern wird.

## Japan zufriedengestellt

Tokio, 9. Dezember.

Die Regierung hat Yoshisawa Anweisung gegeben, den Beschluß des Völkerbundes über die Grundlagen des Friedens in der Mandschurei unbeschränkt anzunehmen. Wie verlautet, wird Yoshisawa die Frage der japanischen Forderungen hinsichtlich des Rechts, das Räuberwesen in der Mandschurei zu bekämpfen, zu klären und daraus den Gegenstand eines besonderen Vorbehalts zu machen haben, in dem betont sein wird, daß es sich dabei um eine vorläufige Maßnahme handle, die mit der Rückkehr normaler Verhältnisse aufhören werde.

### Neue Kämpfe

Moskau (über Kowno), 9. Dezember.

Berichten der sowjetamtlichen Telegraphenagentur aus Schanghai zufolge haben in der Mandschurei neue chinesisch-japanische Kämpfe begonnen. Sowohl im Süden, im Gebiet von Kintschau, wie im Norden, in der Nähe von Tsitsikar, sind blutige Kämpfe im Gange.

# Der „Aufmarsch“

## Brüning begründet sein neues Volksausbeutungs-Programm

Berlin, 9. Dezember.

Im Rundfunk begründete gestern abend der Reichskanzler Dr. Brüning die Maßnahmen der neuen Notverordnung, wobei er u. a. folgendes ausführte:

Mit steigender Not haben sich in steigendem Maße weite Volkskreise zu Traumbildern geflüchtet. Eine Regierung, die sich der Verantwortung für Volk und Vaterland bewußt ist, darf Strömungen dieser Art, so weit sie auch im Volke um sich greifen, nicht nachgeben. Sie darf und wird nicht davor zurückschrecken, einem

drohenden Zerfall der Volkskraft mit eiserner Energie entgegenzutreten.

Die Regierung duldet keine andere Macht als die verfassungsmäßige. Reichspräsident und Reichsregierung verfügen allein über die Machtmittel des Staates. Sie werden mit unerbittlicher Strenge gegen alle eingesetzt werden, die sich unterfangen, in den Stunden stärkster Nervenprobe den verfassungsmäßigen Gewalt in den Arm zu fallen. Wenn der Parteiführer der Nationalsozialisten die legalen Wege und Ziele seiner politischen Absichten betont hat, so stehen in grellem Kontrast dazu die heiligen Beteuerungen sich nicht

weniger verantwortlich dünkender Führer, die zu sinnlosem Bruderkampf und zu außenpolitischen Torheiten auffordern.

Ich werde mich weiterhin mit allen verfassungsmäßigen Mitteln allen Parteiversuchen entgegensetzen, das deutsche Volk in dieser ungeheuren materiellen und seelischen Not in zwei feindliche Lager zu zerreißen. Ein uralter Instinkt gesunder Völker ermahnt, den innerpolitischen Meinungsstreit zurücktreten, ja, völlig schweigen zu lassen, wenn das Vaterland in entscheidenden Stunden politischen Handelns steht.

Der Mut, die Wirklichkeit in ihrer ganzen Härte zu erkennen und sich danach einzurichten, hat in der Vergangenheit allein die Völker zum Wiederaufstieg gebracht.

\*

In der Pressekonferenz, die gestern abend stattfand, ergriff außer dem Vizekanzler Dietrich auch Brüning das Wort. Seine dortigen Ausführungen schloß er mit folgendem Appell an die Presse:

„Denken Sie daran, daß dieses Programm der Aufmarsch für die internationalen Verhandlungen ist.“

## Stegerwalds Entdeckung:

### Nicht die Unternehmer beuten die Proleten aus, — eine Arbeitergruppe beutet die andere aus!

Münster, 8. Dezember 1931.

In einer Versammlung der Zentrumspartei sprach Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald; er führte u. a. aus:

„Alles das, was im vergangenen Jahre, insbesondere aber in der letzten Notverordnung geschehen ist, hätte im Jahre 1925 durchgeführt werden müssen, was meine engeren politischen Freunde damals vom Reichskanzler Luther forderten und der die Lage ebenso wie wir gesehen hat, der sich aber gegenüber dem Reichstag nicht durchsetzen konnte.“

Die weitaus meisten Länder der Welt sind von ihrer Vorkriegswährung abgekommen, rund 25 Länder befinden sich gegenwärtig in einer Währungskrisis. Deutschland darf unter keinen Umständen in diesen Währungsverfall hineinschlittern. Wir haben vor acht Jahren die größte Inflation in der Weltgeschichte beendet und können nicht innerhalb eines Jahrzehntes eine zweite Inflation vertragen, wenn nicht der deutsche Kreditaufbau zerstört werden soll.

Die Etats des Reichs, der Länder und der Gemeinden rechnen in 1932 mit einem Defizit von 2 Milliarden Mark. Diese Etats müssen unter allen Umständen in Ordnung gebracht werden.

Es existieren heute zehntausende von Kartellen und Preiskonventionen aller Art, der Agrarindex steht trotz hoher Zölle noch um etwa 30 Punkte tiefer als der Industrieindex.

In diese Dinge ist nur Ordnung zu bringen, wenn wieder ein freier Luftzug geschaffen, wenn die freie Konkurrenz sich wieder entfalten kann. Daher ist Auflockerung in der gesamten Wirtschaft das Gebot der Stunde. Wenn die Preisbasis erschüttert und nach unten gedrückt werden soll, dann muß das auf der ganzen Linie geschehen, sonst sind die Opfer bloß einzelner Arbeitergruppen vergeblich gebracht. Das würde letzten Endes lediglich bedeuten, daß

eine Arbeitergruppe die andere ausbeutet.

Daher wurden die Löhne allgemein gesenkt, während die gebundenen Preise durch die Notverordnung und die ungebundenen Preise, soweit sie wirtschaftlich nicht gerechtfertigt sind, durch den Reichskommissar gesenkt werden. Herr Reichskanzler Dr. Brüning und ich haben mehrfach erklärt, daß wir jedes Programm ablehnen würden, das nur den Arbeitern, Angestellten und Beamten neue Opfer auferlegen würde. Dieses Versprechen haben wir gehalten.

Jetzt, wo die Löhne gesenkt sind, wo eine größere Zinsermäßigung in Durchführung begriffen ist, müssen die Arbeitgeber prüfen, auf welchen anderen Gebieten eine weitere Senkung der Gestehungskosten möglich ist.

Wir müssen uns klar sein: Wir haben in den nächsten Jahren eine schwere Zeit vor uns. Wir müssen allezeit wieder zu einer sehr einfachen Lebensweise zurückkehren. Die Zeit der Illusionen ist endgültig vorbei.“

## Aufmarsch der Fraktionen

Berlin, 9. Dezember.

In den nächsten Tagen werden sich nahezu sämtliche Reichstagsfraktionen versammeln, um zu der neuen Reichsnotverordnung Stellung zu nehmen. Die Reichstagsfraktion der Staatspartei tritt heute zusammen, die der Wirtschaftspartei am Donnerstag, die der Deutschen Volkspartei am Freitag, die der Sozialdemokraten am Montag, die des Zentrums am Dienstag und die der Deutschen Nationalen am 17. Dezember. Auch die anderen Reichstagsfraktionen werden noch vor Weihnachten tagen.

## Der Weihnachts-Maulkorb

Berlin, 9. Dezember.

Die gestern erlassene Notverordnung verbietet im Teil VIII zur Wahrung des Weihnachtsfriedens bis zum 3. Januar 1932 alle öffentlichen politischen Versammlungen und Aufzüge. Der Polizeipräsident weist darauf hin, daß dieses Verbot bereits heute in Kraft tritt und daß danach auch alle angemeldeten und genehmigten öffentlichen politischen Versammlungen unter dieses Verbot fallen, und heute schon nicht mehr stattfinden dürfen.

## Der richtige Mann

Wie wir gestern bereits mitteilten, ist der Oberbürgermeister Goerdeler von Leipzig zum Reichskommissar für die Preisüberwachung ernannt worden. Goerdeler ist daraufhin gestern aus der Deutschen Nationalen Volkspartei ausgetreten. Er teilt dies in einer Erklärung mit, wobei er versichert, daß er sich „nach wie vor mit den politischen und weltanschaulichen Grundsätzen der Deutschen Nationalen Volkspartei verbunden fühle.“

Also ein sehr hübsch abgekartetes Spiel, dessen Durchsichtigkeit zu verbergen man sich nicht einmal die Mühe genommen hat. Herr Goerdeler bleibt was er war, deutschnational. Nur der Form halber

tritt er aus der Partei aus, damit er also künftig als „Ueberparteilicher“, „Unparteilicher“ in den Augen der Öffentlichkeit erscheinen kann. Bei den ausgezeichneten Beziehungen der Deutschen Nationalen Volkspartei zur rheinisch-westfälischen Schwerindustrie ist er auch zweifellos der geeignete Mann, für die Preissenkung zu sorgen.

### Salandra gestorben

Rom, 9. Dezember.

Der frühere Ministerpräsident Salandra, unter dem Italien in den Weltkrieg eintrat, ist gestorben.

## Das Ausland zur Notverordnung

Der neueste Schlag der Brüningregierung wird vom Ausland je nach den Interessen, die da zu vertreten sind, verschiedenartig beurteilt. Die englische kapitalistische Presse, die vor allem die Loseisung der „festgefrorenen“ hohen Kredite zu berücksichtigen hat, bescheinigt Herrn Brüning, daß er ein starker Mann sei, der sich nicht scheue, „seine letzten Reserven in den Kampf zu werfen“. Warum und in welchen Kampf? Der Berliner Korrespondent der „Morning Post“ sagt es: „Das Deck ist jetzt klar zum Gefecht, um eine Reparationsregelung herbeizuführen“.

Das Blatt der Arbeiterpartei, der „Daily Herald“, weiß nicht so recht, was er aus der Sache machen soll. Ihm ist es offensichtlich unbehaglich zumute, beim Gedenken an die Haltung der Sozialdemokratie. Er bezeichnet die neue Notverordnung als die drastischste Maßnahme, die jemals hinsichtlich der Rechte der Bürger und ihres Geldes ergriffen worden sei, ausgenommen vielleicht in Kriegszeiten. Trotz der starken Herausforderung Hitlers durch Brüning, sei es zweifelhaft, ob die Sozialdemokraten das wirtschaftliche Programm annehmen könnten. Sie würden sich vielleicht mit Hitler und den Kommunisten vereinigen und die Auflösung des Reichstages verlangen. Der Rücktritt Brünings sei aber unwahrscheinlich. Es sei zur Zeit noch ganz unmöglich, irgend etwas über die zukünftigen Auswirkungen der neuen Notverordnung zu sagen.

Die bürgerliche Presse Frankreichs läßt, wie gemeldet wird, vorläufig Zurückhaltung. Nur der sozialistische „Populaire“ bezeichnet die Ausführungen Brünings als energiegelad und gleichzeitig verächtlich. Sie seien nicht geeignet, die Öffentlichkeit sowohl in Deutschland wie auch im Ausland zu beruhigen. Er habe sehr wohl die Maßnahmen der Nationalsozialisten verurteilt, er habe aber kein Wort darüber verlauten lassen, welche Haltung er einnehmen werde, wenn sie eine Mitarbeit an der Regierung forderten. Die Wahl des hessischen Landtagspräsidenten mit Hilfe des Zentrums könne nur mit Zustimmung des Reichskanzlers erfolgt sein, und gerade deshalb seien seine Ausführungen mehr als verächtlich.

## Arbeitermehrheit in Oslo gebrochen

Verluste bei Gemeindevahlen.

Kopenhagen, 9. Dezember.

Bei den Gemeindevahlen in Oslo haben die Konservativen 41, die Arbeiter 39, die linke Bürgerliche vier Sitze erhalten. Die sozialdemokratische Mehrheit ist also zusammengebrochen. Auch im übrigen Lande sind die sozialdemokratischen Stimmen zurückgegangen. In 46 Städten haben die bürgerlichen Parteien 1037 Mandate gegen 998 ernalten, während die Arbeiterpartei von 679 auf 644 Mandate gesunken ist.

## Mühlenbesitzer gegen Vermahlungsplan

Die nationale Vereinigung britischer und irischer Mühlenbesitzer hat beschlossen, dem Quotenplan der Regierung für englischen und Dominion-Weizen den energichsten Widerstand entgegenzusetzen. Der Präsident der Vereinigung hat einen entsprechenden Brief an den Premierminister gesandt.

## Trotz alledem!

Wenn wir zum Schweigen gezwungen werden, Reden die Dinge um uns nur noch lauter. Ein hungernder Magen spricht: Mich verbietet man nicht. Die nächste Luftkante wird schreien: Schnall den Huhnriemen an, Oben sitzen die Bedränger, Und es gilt, sich zu befreien!

Wenn man uns verbietet zu reden, Werden die Steine der Großstädte sprechen: Was um uns geschieht, das ist ein Verbrechen. Die Straßen sind ein überheizter Kessel, Ihr habt geglaubt, man kann das Ventil verstopfen, Aber der Ueberdruck sprengt die Fessel.

Wenn unsere Zeitung nicht mehr sagt, was wir denken, Sagt es jeder Atemzug, den wir noch leben, Vergeßt nicht, es wird eine Quittung geben, Und unsere Kräfte werden die Wagen lenken, Die nicht in das lastende Schweigen fahren.

Wir sind gestählt und geübt in Jahren, Und wissen, daß wir einst oben waren, Und wieder aufsteigen aus der Graft, In die Ihr uns bannt, in die Ihr uns zwingt, Ihr habt uns veräußert das Brot und die Luft, Ihr könnt nicht brechen den Willen zum Siege, Der eure Klasse niederringt.

Karl Glas.



## Stand der Fußballserie im Frankfurter Gebiet

Genau wie im vergangenen Jahre, hat sich auch diesmal wieder Oberrodan an die Spitze der Tabelle gesetzt. Trotzdem ist wieder ein Entscheidungsspiel notwendig. Im gestrigen Treffen zwischen Oberrodan und Dietesheim siegte Oberrodan ganz überzeugend mit 8:1. Erst beim Stande von 3:0 kamen die Gäste zu ihrem Ehrentreffer. Mit diesem Resultat wurden die Seiten gewechselt. Alle Mannschaften haben jetzt in dieser Gruppe ihre Serienspiele beendet.

In der 1. Gruppe ist durch den 5:1-Sieg Mombachs in der Tabelle keine Veränderung eingetreten. Bauschheim, der Gegner, wehrte sich tapfer und leistete ein ehenbürtiges Spiel, jedoch die Hintermannschaft des Platzbesitzers war auf der Höhe.

Die 2. Gruppe hatte zwei Spiele auf dem Plan. Der neue Gruppenmeister Bockenheim wollte in Langen und siegte mit 11:5. Langen ist durch diese Niederlage auf den letzten Platz zurückgefallen. Das nochmals angesetzte Spiel zwischen Arheilgen und Isenburg gewann ebenfalls Arheilgen wieder. Mit 3:4 endete das Spiel.

Gruppe 1						
Vereine	Spiele	gew.	unentsch.	verl.	Tore	Pkte.
Darmstadt	11	7	2	—	94:30	20
Hechtsheim	10	7	—	3	66:53	14
Griesheim	11	6	2	3	60:32	14
Bauschheim	11	3	2	6	41:34	8
Bierstadt	10	2	2	6	34:89	6
Monsbach	11	3	—	8	53:89	6
Kostheim	6	1	—	5	12:38	2

Gruppe 2						
Vereine	Spiele	gew.	unentsch.	verl.	Tore	Pkte.
Bockenheim	10	7	3	—	65:34	17
Höchst	10	4	4	2	41:37	12
Westend	9	4	1	4	48:38	9
Iseburg	9	3	1	5	48:46	7
Arheilgen	10	3	1	6	35:46	7
Langen	10	3	—	7	37:62	6

Gruppe 3						
Vereine	Spiele	gew.	unentsch.	verl.	Tore	Pkte.
Oberrodan	12	8	1	3	53:27	17
Nord	12	8	—	4	48:30	16
Dietesheim	12	7	1	4	45:44	15
Offenbach	12	5	1	6	25:34	11
Oberrodan	12	4	1	7	23:38	9
Dörnigheim	12	3	2	7	28:30	8
Steinheim	12	4	—	8	24:47	8

Langen—Bockenheim 5:11. Ganz so leicht wie es das Resultat ausdrückt, war der Sieg Bockenheims nicht. Das Spiel war immer offen und ausgeglichen. Den Ausschlag gaben lediglich die Hintermannschaften. Beide Stürmerreihen zeigten sehr gute Leistungen, die allerdings durch den ständigen Regen stark beeinträchtigt wurden. Das Spiel an und für sich sprach sehr gut an und wurde auch immer fair durchgeführt. Der Schiri, ein Genosse von Rumpenheim, konnte gefallen.

Mainz-Mombach—Bauschheim 5:1. Im letzten Serienspiel trat Mombach mit veränderter Mannschaft an. Die Umstellung erwies sich als sehr gut. Trotz des schlechten Platzes konnte man ein flüssiges Spiel sehen.

Oberrodan—Dietesheim 8:1. Das letzte Treffen ist nun auch beendet. Oberrodan gewann mit einer Leichtigkeit, die nicht erwartet wurde. Gleich der Anwurf bringt Oberrodan die Führung. Oberrodan bleibt überlegen und kommt zu weiteren zwei Toren. Dietesheim gestaltet das Spiel ausgeglichener und man sieht nun eine Zeit lang Feldspiel. Ein 13-Meter für Dietesheim kurz vor der Pause bringt denselben das Ehrentor. Die Gäste haben nicht mehr viel zu bestellen und kann der Platzbesitzer bis zum Schluß auf 8 erhöhen. Der Schiri, ein Genosse aus Bauschheim, leitete gut.

Bornheim hat wohl mit seinem Sieg über Sachsenhausen den Weg zur Meisterschaft freigemacht. Westend dürfte den zweiten Platz sicher inne haben. Bei der Mittelgruppe wird es noch einige Veränderungen geben, aber auch nur geringfügige.

Vereine	Spiele	gew.	unentsch.	verl.	Tore	Punkte
Bornheim	13	8	4	1	51:22	20
Westend	15	9	2	4	32:22	20
Sachsenhausen	15	6	6	3	29:26	18
Heusenstamm	14	5	6	3	29:21	16
Bürgel	13	6	3	4	23:29	15
Bischofsheim	14	4	6	4	25:20	14
Weiskirchen	13	4	3	6	20:21	11
Niederroden	14	4	3	7	29:33	11
„Vorwärts“	15	—	1	14	19:59	1

VfL 13—Sachsenhausen 4:2. Die erste Hälfte gehörte fast restlos dem Platzverein. Für Sachsenhausen begann die zweite Hälfte wesentlich aussichtsreicher. Das Spiel nahm sonst einen verhältnismäßig guten Verlauf und wurde von Mängel (Raunheim) sicher geleitet.

### Freundschaftsspiele der Handballer!

Griesheim II—Wiesbaden 5:2. Die erste Halbzeit war ziemlich ausgeglichen. In der zweiten Halbzeit wurde Griesheim dann aktiver und stellte den Sieg sicher. Außerst anständig wurde das Spiel ausgetragen. Griesheim II gegen Wiesbaden II 5:6. Ein schönes Spiel lieferten sich die beiden Gegner. Die einheimische Mannschaft wird zur Zeit von Spiel zu Spiel besser. Griesheim 2. Jugend—Wiesbaden Jugend 1:2. Griesheim Schüler—Wiesbaden Schüler 4:2.

Iseburg—Arheilgen 3:4 (2:1). Das nochmals angesetzte Spiel in der zweiten Gruppe der Kreisklasse hat Arheilgen für sich entschieden und hat somit seinen Tabellenstand verbessert. Die erste Hälfte stand mehr im Zeichen des Gastgeber, doch nach der Pause ist Arheilgen mehr vom Glück begünstigt und kann das Spiel für sich entscheiden.

Hanau II—Hanau IIb 6:1. Dieses Spiel war ein Serienspiel, das die Zweite von Hanau sicher für sich entschied.

Darmstadt—VfL 13 Bornheim 6:3. Durch sehr schlechte Wetter- und Platzverhältnisse konnte das Spiel nicht zur Entfaltung kommen. Die Bornheimer haben sich sehr tapfer gewehrt und hielten das Resultat bis zur Pause auf 2:2. Erst die zweite Spielhälfte gab den Ausschlag und konnte sich hier Darmstadt auf Grund der größeren Erfahrung durchsetzen. Die zweiten Mannschaften trennten sich 3:2 für Darmstadt und die Jugendmannschaften 4:5 für Bornheim.

Mainz Turnerinnen—Oppenheim Turnerinnen 3:0. Mainz konnte, trotzdem es nur mit 8 Spielerinnen antrat, mit obigem Resultat über die Oppenheimer Genossinnen gewinnen.

Griesheim b. D. Jugend—Pfungstadt Jugend 5:2. Mit diesem Sieg hat sich Griesheims Jugend die Gruppenmeisterschaft der ersten Gruppe gesichert.

### Thüringer Arbeitersport

#### Schluß der Serienspiele Freie Turnerschaft Rasberg Handball-Berzirksmeister

Die Rundenspiele des Zeit-Weissenfelder Bezirks sind zu Ende. Trotz der vorgerückten Jahreszeit herrscht noch reger Spielbetrieb. Ein ganz Teil Vereine führten bereits Freundschaftsspiele durch.

Das Schlußspiel um die Meisterschaft fand am vergangenen Sonntag in Zeitz statt. Endspielgegner waren

Freie Turnerschaft Rasberg—Turnerbund Zeitz 6:2. 500 Zuschauer sahen einen scharfen typischen Meisterschaftskampf. Beide Mannschaften zeigten eine erklärliche Nervosität

und öfters unnötige Härten. Rasberg war überlegen im besseren Stellungsspiel und plazierte Torwurf. Dem Zeitler Sturm fehlte das für erfolgreiche Durchbrüche so notwendige Flügelspiel. Leider hatte Zeitz mehrmals Pech im Torwurf, so daß das Resultat nicht ganz dem Spielverlauf entspricht.

Freie Turner Aue I—Turn- und Sportbund Rundthal I 5:1. — Schwimmklub Zeitz—Kayna 6:7. — Turnerbund Zeitz II—Trennitz I 1:1.

### Weitere Handball-Resultate

Friesen Altenburg I—Rositz 3:6. — Friesen II—Vorwärts Altenburg I 3:0.

Gera. Gera U'haus—Gera Ost 7:4. — Weida I—Hermsdorf 1:1. — Zschipperrn—Windischenbersdorf 4:6. — Dürrenabersdorf gegen Schmölln 5:3. — Gera U'haus Frauen—Gera Ost Frauen 0:0.

Erfurt. FT. Erfurt—FT. Apolda 10:3. — FT. Jena—Glashütte 10:2.

### Fußballresultate

Meuselwitz I—Schmölln 1:3; Meuselwitz II gegen Wintersdorf II 7:0; Meuselwitz III—Wintersdorf III 2:4; Meuselwitz Knaben—Wintersdorf Knaben 2:1; Vorwärts Altenburg I gegen Eythra Leipzig 3:2; Crotenlaide—Oberhohndorf 0:3; Friesen Altenburg I—VfL Meerane I 1:5; Crotenlaide II—Oberhohndorf II 0:3; Friesen Altenburg II—VfL Meerane III 3:4; Wintersdorf I—Hohenmölsen Ib 5:1; Nobitz I—Naundorf I 1:0; Wintersdorf III—Hohenmölsen III 5:1; Nobitz II—Naundorf II 3:2; Wintersdorf Jgd.—Lucka Jgd. 3:0.

Bezirk Gera: Gera Pforten—Könitz 2:1; Gera U'haus—FT. Zeitz 4:3.

Bezirk Saalfeld: VfB. Saalfeld—Rotweiß Pößneck 5:0.

Bezirk Weissenfels: Fr. Turner Zeitz II—Werschen I 6:0; Fr. Turner Zeitz III—Gera Unterhau III 4:0; Fr. Turner Zeitz Jgd.—Gera-Unterhau Jgd. 5:1; Naundorf I—Nobitz I 0:1; Grunau I—Bergisdorf I 4:2; Theißen II—FT. Drogitz I 1:0; Bornitz I—Wildschütz I 4:3; Teuchern II—Hagenest II 2:0; Trebnitz II—Rehmsdorf II 3:3; Pirkau I—Grana I 4:2; Pirkau II—Aue II 2:3; Langendorf II—Gröben II 2:3; Naundorf II—Nobitz II 2:3; Zangenberg II—Köttichau II 0:1; Naundorf III—Theißen III 4:6; Theißen III—Lukenau III 2:3; Trebnitz III—Rehmsdorf III 1:0; Teuchern Jgd.—Hagenest Jgd. 0:0; Trebnitz Jgd.—Rehmsdorf Jgd. 2:1; Theißen Jgd.—Grana Jgd. 0:3; Naundorf Jgd.—Nabitz Jgd. 4:1; Trebnitz—Rehmsdorf 2:4.

Bezirk Jena: FSV. Jena—Eisenberg 1:2; Bezirk Salungen: BV. Salungen—BV. Eisenach 6:6.

Bezirk Erfurt: FT. Erfurt—BV. Weimar 6:2; TG. Erfurt—Bischleben 1:1; Roda—Ilmenau—Langewiesen 1:2; AT. u. SV. Arnstadt—TB. Untergöltz 8:1; 1860 Ilmenau—SV. Ilmenau 2:10.

## Wintersportfest im Osterzgebirge

Die Bezirksvereinigung Osterzgebirge, bestehend aus dem 2., 9., 10. und 11. Bezirk im 4. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, hält vom 1.—3. Januar 1932 ein internationales Winter-Sportfest ab. Die Leitung will die Massen der „weißen Kunst“ auf die Beine bringen, um auch dem Bürgertum gegenüber zu demonstrieren, daß auch die Arbeitersportler in dieser Beziehung auf der Höhe sind.

### Ausschreibung

#### a) Läufe:

Männer von 18—20 Jahre: 20-Kilometer-, 12-Kilometer-, 6-Kilometer-Mannschaftslauf, 3-Kilometer-Hindernislauflauf.

Männer über 30 Jahre: 4-Kilometer-Langlauf.

Jugend: 16—18 Jahre: 6 Kilometer; 14 bis 16 Jahre: 4 Kilometer; 4-Kilometer-Mannschaftslauf.

Sportlerinnen: A-Klasse: 4 Kilometer; B-Klasse: 2 Kilometer. Für beide Klassen: 12-Kilometer-Abfahrtslauf.

Schüler: 2-Kilometer-Lauf in 2 Klassen: 10—12 Jahre und 12—14 Jahre.

#### b) Sprunglauf:

A-Klasse: Geisingergschanze. B-Klasse: Raupennestschanze. Schüler: Am kleinen Hügel.

Meldungen sofort an Kurt Ehrhardt, Altenberg im Erzgebirge, Hirschsprungstr. 25. Zugleich Angabe ob und wie lange Quartier benötigt wird. Festbeitrag 30 Pfennig.

## Well er so gut schwimmen konnte...

Wir lesen in der „Geistesfreiheit“:

Wie die Isländer Christen wurden, das konnte man aus der „Germania“ erfahren. Nach mehreren vergeblichen priesterlichen Versuchen gewann der norwegische König Olaf Tryggvason (995—1050) „die an seinem Hofe erscheinenden jungen Isländer durch den Zauber seiner Persönlichkeit, insbesondere durch seine sportlichen Leistungen in der Schwimmkunst, in der er ihnen allen über war“. Er hatte sie endlich so für sich eingenommen, daß sie sich bereit erklärten, dem König zu Gefallen den christlichen Glauben anzunehmen. Dann stellte der heidnische Gesetzssprecher Thorgeirr, den man (wer?) bestochen hatte, im Allthing den Antrag, daß das Christentum durch Gesetz eingeführt werden sollte unter der Bedingung, daß der mit dem Odinkult verbundene Genuß von Pferdefleisch und die Aussetzung von Kindern heimlich weiter ausgeübt werden dürfen. Der Allthing nahm das Gesetz „durch Akklamation“ an, „und sämtliche Isländer wurden Christen, da sie sich der Taufe unterwarfen“. — Das war das beliebte einfache Verfahren!

## Werbt Abonnenten!

### Organisations-Nachrichten

SAP Köln-Deutz: Die für den 11. Dezember angekündigte Versammlung, in der Genosse Hans Ziegler, M. d. R., sprechen wird, findet erst am 18. Dezember statt, und zwar im Lokal Eske, Siegburger Straße.

SAP Halle 15: Gemeinsame Versammlung von SAP und SJV Freitag, 11. 12., 20 Uhr, im Volkspark (Kartellzimmer). Tagesordnung: Proletarische Klassenwehr oder Sozialistischer Schutzdienst?

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H., Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ, Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ erscheint täglich außer Montags

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 204.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 204.

Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition: RM 2,40 einschließlich Bestellgebühr. Durch die Post bezogen: RM 2,40 und RM —,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM —,36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,20 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H.“, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 923.

## SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr  
wöchentlich . . 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr  
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

### BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch \_\_\_\_\_ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung.“

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15-16.

**Volksbühne**  
Theat. u. Bühnenw.  
D 1, Norden 294f  
8 Uhr:  
Radolf Forst:  
In  
Der grüne Kakadü  
und  
Der Lauerstige  
**Werbt**  
für die  
„SAZ“

**Kennen Sie schon die ?**  
**Wochenzeitung der Partei !**  
Benutzen Sie bitte den angrenzenden Bestellschein zur Werbung in Ihrem Wirkungskreis!  
Ich bestelle \_\_\_\_\_  
**SWZ**  
Erscheinungsort Berlin  
Freie Verlagsgesellschaft m. b. H.  
Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 67  
Monatsbezugspreis 0,60 RM.  
Name: \_\_\_\_\_  
Wohnung: \_\_\_\_\_  
Dem Kolporteur oder Briefträger zu übergeben  
**Lest und verbreitet**  
die vom Parteivorstand herausgegebenen  
**Broschüren!**

**Rote Bücher**  
der  
**Marxistischen**  
**Büchergemeinde**  
Im Dezember erscheint  
Bd. IV  
**Sozialistische Programme und die SAP**  
zur Programmdebatte der  
SAP von Anna Siemsen  
In Vorbereitung, Bd. V  
**Gewerkschaften im Klassenkampf**  
Preis für Mitglieder 3,— (kein Eintrittsgeld) — Bei Einzelbezug 4,75.  
Freie Verlagsgesellschaft  
Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 67

**Frankfurter „Klassenkampf“-Leser**  
kaufen die neueste Nummer  
MONATSSCHRIFT  
**Der**  
**KLASSENKAMPF**  
sowie alle Parteiliteratur, SAZ und SWZ  
Rudolfstraße 22

**3 wichtige Broschüren!**  
Dr. Wilhelm Appens:  
**Charleville**  
Dunkle Punkte aus dem Etappenleben  
Kartonierte 40 Pfg.  
Edo Fimmen:  
**Welfriede und Arbeiterbewegung**  
(Die Aufgaben der Gewerkschaften)  
Kartonierte 10 Pfg.  
Soeben erschienen:  
**Wer war Schlageter ?**  
Kartonierte 20 Pfg.  
Der neue pazif.-sozial. Bücher-Katalog wird an Interessenten kostenlos geliefert!  
Zu beziehen durch die Buchhandlung der  
**Deutschen Friedensgesellschaft**  
Bund der Kriegsgegner Berlin W 57  
Sülowstr. 105 Postcheckkonto Berlin 115 607  
**Arbeitersportler! SAZ**  
lest die SAZ